

Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 445

Einwohnerratssitzung vom Montag, 28. September 2015, 19.00 Uhr in der alten Dorfturnhalle

Anwesend	33 Personen des Einwohnerrates 7 Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Marc Bürgi, Rosa Calicchio, Jens Dürrenberger, Martina Häring, Urs Schneider, Erich Schwob, Fredi Wiesner Gemeinderat: -
Vorsitz	Dominique Häring, Präsidentin
Protokoll	Joachim Maass
Weibeldienst	Martin Suter

Geschäftsverzeichnis

1.	Ersatzwahl für die Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode: Patrick Ritschard, SVP, anstelle von Albert Willi †	2959
2.	Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betreffend „Sichere Fuss- und Veloverbindung von der Ergolzstrasse in die Augster-/Augsterheglistrasse – Verbindung des Quartiers südlich der Bahnlinie mit der Längi“	2949
3.	Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betreffend „Sichere Fussgänger- und Veloquerung der Frenkendörferstrasse bei der Einmündung der Poststrasse/Augsterheglistrasse“	2950
4.	Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betreffend „Sichere Fussgänger- und Veloquerung der Frenkendörferstrasse bei der Einmündung der Giebenacherstrasse/Minigolf“	2951
5.	Zonenvorschriften Siedlung Mutation 2014 (Zonenreglement) – 1. Lesung	2948
6.	Bericht der BPK zum Geschäft Quartierplanung Bahnhofstrasse - Quartierplanreglement – 2. Lesung	2920
7.	Teilrevision Verwaltungs- und Organisationsreglement bzgl. Änderung der ständigen Kommissionen und des Bussenanerkennungsverfahrens – 2. Lesung	2932
8.	Verstetigung der Quartierentwicklung	2762
	Aufstockung Stellenplan um 50 Stellenprozente, befristeter Einsatz von 40 Stellenprozenten	2957

- | | | |
|-----|---|------|
| 9. | Aufstockung Stellenplan um 420 Stellenprozente
(Abteilung Gesundheit/Soziales und Abteilung Dienste/Sicherheit) | 2955 |
| 10. | Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Benedikt Schmidt, betreffend „Biologische Rasenpflege“ | 2953 |
| 11. | Beantwortung dringliche Interpellation der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Patrick Weisskopf, betreffend Vorprojekt eines „Hochhauses“ für die Verwaltung am jetzigen Standort der Gemeindeverwaltung aus den Siebzigerjahren | 2956 |
| 12. | Fragestunde (nach der Pause) | |

Begrüssung durch Dominique Häring, Präsidentin

Liebe Einwohnerratskolleginnen und -kollegen, liebe Gemeinderätin und Gemeinderäte, liebe Pressevertreter und liebe Gäste. Ich eröffne die 445. Sitzung. Nachdem die letzte Einwohnerratssitzung sehr effizient erfolgt ist, bedanke ich mich bei euch herzlich dafür und freue mich auf die Weiterführung der Effizienz. Neu im Einwohnerrat begrüsse ich Simon Schärer, SVP, der für den verstorbenen Albert Willi Einsitz nimmt. Ebenfalls begrüsse ich Marcial Darnuzer, SP, der den zurückgetretenen Einwohnerrat Haci Deli ersetzt. Viel Freude und einen angeregten Austausch in eurem Amt.

Präsenz

Es sind zurzeit 33 Personen des Einwohnerrates anwesend und der Rat ist beschlussfähig. Das einfache Mehr beträgt 17, das 2/3-Mehr 22 Stimmen.

Mitteilungen

Rücktritt aus dem Einwohnerrat von Haci Deli: Die Präsidentin verliest das Rücktrittsschreiben vom 2. September 2015: *„Da ich vor Kurzem eine neue Stelle angetreten habe, möchte ich mich auf meinen Beruf konzentrieren. Deshalb trete ich per sofort aus dem Einwohnerrat zurück. Freundliche Grüsse, Haci Deli.“*

Neue parlamentarische Vorstösse

- Interpellation der Fraktion der FDP-Mitte, Stephan Bregy, betreffend „Sichere und saubere Fröschi-Unterführung: wie weiter?“ vom 22. September 2015
- Antrag der SP-Fraktion, Mauro Pavan, auf Teilrevision (Ergänzung) des Geschäftsreglements des Einwohnerrates vom 26. September 2015

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses

Es gibt keine Bemerkungen zum Geschäftsverzeichnis und daher wird nach dem zugestellten Geschäftsverzeichnis verfahren.

Beschlüsse

Geschäft Nr. 2959

Ersatzwahl für die Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode: Patrick Ritschard, SVP, anstelle von Albert Willi †

Aktenhinweis

- Steckbrief vom 28. September 2015

Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge und in stiller Wahl wird für die Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Amtsperiode bis 30. Juni 2016 gewählt:

://: Patrick Ritschard, SVP

Geschäft Nr. 2949

Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betreffend „Sichere Fuss- und Veloverbindung von der Ergolzstrasse in die Augster-/Augsterheglistrasse – Verbindung des Quartiers südlich der Bahnlinie mit der Längi“

Aktenhinweis

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betreffend „Sichere Fuss- und Veloverbindung von der Ergolzstrasse in die Augster- / Augsterheglistrasse – Verbindung des Quartiers südlich der Bahnlinie mit der Längi“ vom 26. Juni 2015

GR Stefan Löw: Wir sind uns bewusst, dass es noch einige Zeit dauern wird, nehmen aber dieses Postulat und auch die anderen, die in diese Richtung zielen, entgegen. Wir sind bereit, zu reagieren.

Roland Kuny: Ich rede gerade zu allen drei Postulaten von Christoph Zwahlen. Die SVP-Fraktion hat diese drei Postulate diskutiert und ist gespaltenen Meinung. Meiner Meinung nach macht es Sinn, im Planungsstadium Ideen für eine neue und bessere Verkehrsführung einzubringen. Ob es nun eine Unterführung zur Augsterheglistrasse braucht, wird bezweifelt. Wenn die Rheinstrasse umgelegt wird, wird auch die kantonale Schwerverkehrsrouten umgelegt und die SBB-Unterführung Frenkendorferstrasse muss angepasst werden. Die kantonale Schwerverkehrsrouten muss eine Breite 7.5 m haben und ich denke, dass in der Unterführung die Platzverhältnisse gegeben sind, dort zwei Fahrspuren plus eine kombinierte Spur Rad-/Fussweg zu haben.

Christoph Zwahlen: Ich habe diese drei Postulate im Hinblick auf die Umlegung der Rheinstrasse eingereicht und momentan hat der Kanton nicht die Absicht, diese bis Kaiseraugst weiterzubauen. Es handelt sich bei diesen drei Sachen um verschiedene Themenkreise. Zum ersten Vorstoss, den wir gerade behandeln: Es handelt sich um eine Fussgänger- und Velounterführung, die im Strassennetzplan enthalten ist. Sie führt von

der Ergolzstrasse, wo früher wohl die Bahnschranke gewesen ist, in den Stummel, der zur Augsterheglistrasse gehört und nachher den Namen wechselt. Es war auch ein Wunsch der Personen, die südlich der Bahn wohnen, dass sie auf einem einigermaßen sicheren Weg in die Längi gehen können. Zweitens: Es gibt eine Anzahl Kinder, die dort in die Schule gehen und drittens gibt es dort Schrebergärten, Minigolf, und wenn ich mit dem Hund durch die Unterführung der Frenkendörferstrasse gehe, kommt einem fast jedes Mal ein Fahrrad entgegen, sei es eine ältere Person oder Kinder. Kinder fahren nicht auf der Strasse, weil sie Angst haben. Dies begreife ich; die Lastwagen beschleunigen dort Richtung Autobahn und wenn sie von der Autobahn kommen, haben sie Tempo 50 erst beim Fussgängerstreifen erreicht. Dort wird ja selten geblitzt. Dass die Unterführung nun ausgebaut werden soll, wie Roland Kuny gerade gesagt hat, bezweifle ich stark, weil man den Ausbau der Bahnunterführung in Augst sistiert hat - die Augster haben sich dagegen gewehrt - und wenn diese nicht ausgebaut wird, macht es keinen Sinn, die andere auszubauen. Daher bitte ich mit diesem Postulat, dass, wenn der Kanton die Strasse umlegt, etwas unternommen wird. Wenn etwas Besseres als die Unterführung gemacht wird, sollte sie aus dem Strassennetzplan entfernt werden. Dort ist sie enthalten und was dort enthalten ist, sollte einmal realisiert werden. Es gibt billigere Lösungen als das, was man bei der Fröschi-Unterführung angedacht hat und aus Platzverhältnissen auch machen muss. Dies sind Unterführungen, die bessere Wellblechröhren darstellen und man nicht Geleise stilllegen und Behelfsbrücken bauen muss und monatelang arbeiten. Es ist auch Fantasie gefragt, wie günstig man dies machen kann. Es ist wirklich ein Bedürfnis; die Strasse ist gefährlich und die Bahnhofunterführungen hinten ist zu weit weg und diesem Umweg macht niemand. Daher bitte ich um Überweisung dieses Postulates.

Eva Keller: Die SP-Fraktion unterstützt dieses Postulat und stimmt der Überweisung zu. Der Langsamverkehr und der Schutz der Fussgänger und Velofahrer ist uns wichtig. Darum werden wir auch das Postulat 2950 und 2951 unterstützen, wobei diese wohl eher ein Thema für den Kanton sind.

Andreas Seiler: Ich rede zu allen drei Postulaten gemeinsam: Die Fraktion FDP-Mitte ist für Überweisung der Postulate. Postulat heisst ja prüfen und berichten und bedeutet nicht, dass man alle drei Unterführungen realisieren muss. Der Gemeinderat soll dies aufgrund der neuen Situation prüfen und entsprechend berichten, was Sinn ergibt und was nicht.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2949 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2950

Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betreffend „Sichere Fussgänger- und Veloquerung der Frenkendörferstrasse bei der Einmündung der Poststrasse/Augsterheglstrasse“

Aktenhinweis

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betreffend „Sichere Fussgänger- und Veloquerung der Frenkendörferstrasse bei der Einmündung der Poststrasse/Augsterheglstrasse“ vom 26. Juni 2015

Bei Geschäft Nr. 2949 haben sich die Redner zu allen drei Postulaten geäussert und es folgt die Abstimmung.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2950 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2951

Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betreffend „Sichere Fussgänger- und Veloquerung der Frenkendörferstrasse bei der Einmündung der Giebenacherstrasse/Minigolf“

Aktenhinweis

- Postulat der Fraktion der Unabhängigen Pratteln, Christoph Zwahlen, betreffend „Sichere Fussgänger- und Veloquerung der Frenkendörferstrasse bei der Einmündung der Giebenacherstrasse/Minigolf“ vom 26. Juni 2015

Bei Geschäft Nr. 2949 haben sich die Redner zu allen drei Postulaten geäussert und es folgt die Abstimmung.

Abstimmung

Der Rat beschliesst mit grossen Mehr bei 2 Enthaltungen:

://: Das Postulat Nr. 2951 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Geschäft Nr. 2948

Zonenvorschriften Siedlung Mutation 2014 – 1. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 19. Juni 2015

Auf dem Referentenplatz hat Martin Classen, Stellvertreter von Dieter Hürdi, Abteilungsleiter Bau, zur Beantwortung von Fachfragen, Platz genommen.

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung. Diskussion zum Eintreten:

GP Beat Stingelin: Wir sind seit längerer Zeit mit der Planung beschäftigt. Wir haben mit der Zentrumszone angefangen (Pratteln-Mitte), Pratteln-Nord verabschiedet, sind fast fertig mit Salina und nun an der Ortskernplanung. Wir haben alles einzeln behandelt und alle drei in Begleitkommissionen einzeln behandelt, wobei die Kommissionen nach Möglichkeit immer gleich besetzt waren. Die „Zonenvorschriften Siedlung Mutation 2014“ stellt die Fortsetzung der Nichtbehandlung von dem dar, was hierin bereits verabschiedet wurde; es ist nichts Neues. Es handelt sich lediglich um diejenigen Punkte, denen der Regierungsrat nicht zugestimmt hat. Es sind also nur Änderungen und nichts Neues. Dies sind beispielsweise: Zentrumszone Buss-Immobilien und Metallum und Rohrbogen AG. Dort befand sich früher eine Zentrumszone. In der Zwischenzeit wurden dort Industriebauten errichtet und Gewerbe angesiedelt und die Zentrumszone ist nicht mehr nötig. Auf Wunsch der Besitzer wurde dies geändert. Im Fröschi, wo die Lehrer früher ihre Parkplätze hatten, befand sich eine öffentliche Zone. Dafür ist heute kein Bedarf mehr vorhanden und wir wollen dieses Areal in eine W2b-Zone umzonen. Zum Magnet-Areal (ex Bombardier): Dort gab es Einsprachen der Besitzer, bei denen es darum ging, die Gebäudehöhe von 40 m zu behalten und auch intensiv Logistik betreiben zu können. Wir konnten dies bereden und die Besitzer sind bereit, auf 30 m zurückzugehen und Logistik nur im Zusammenhang mit Produktion zuzulassen, also nicht reine Ein- und Auslagererbetriebe. Weiter gab es von Pratteln-Nord eine Pendenz in der Schweizerhalle. Dort beträgt die Gebäudehöhe nun 50 m. Warum dies? Hier haben wir uns mit Muttentz abgesprochen, weil es Sinn macht, dass das gesamte Chemieareal dieselben Zonenvorschriften hat. Capp beispielsweise befindet sich teilweise auf Prattler und Muttentz Boden und so machen unterschiedliche Zonen keinen Sinn. Ich bitte sie, darauf einzutreten und die Änderungen so zu genehmigen. Es entsteht dann wieder Rechtssicherheit für die Investoren. Ich möchte nicht, dass dasselbe geschieht wie in Salina-Raurica, wo jemand kommt und etwas baut, das wir gar nicht wollen. Momentan ist dies möglich und deshalb sollen wir dieses Geschäft möglichst schnell abhandeln, damit es der Regierungsrat genehmigen kann.

Gert Ruder: Aus meiner Sicht und teilweise auch aus Sicht der Fraktion der SP ist es erstens grundsätzlich richtig, dass die Zonenvorschriften in drei Tranchen abgearbeitet werden: Mitte, Dorfkern und Salina-Raurica. Zweitens ist grundsätzlich gut und richtig, dass der Gemeinderat in der Planungsorganisation eine Begleitkommission eingesetzt hat. In dieser Begleitkommission sind alle Fraktionen und auch Vertreter des Prattler Gewerbes und der Industrie vertreten. Dadurch war der Informationsfluss jederzeit gewährleistet. Drittens: Grundsätzlich ist bedauerlich, dass diese Mutation, die dem Einwohnerrat bereits vor fünf Jahren vorgelegt wurde, einer erneuten Vorlage bedarf. Dies wurde vor allem dadurch verursacht, weil der Regierungsrat einerseits Massnahmen zur Nutzungseinschränkung begrüsst, andererseits aber die sogenannten „wenig klaren Aussagen“ bei der Interessensabwägung reklamiert. Aus meiner Sicht wurde diese planerische Ehrenrunde durch die Entscheidungsarmut des Regierungsrates verursacht und uns als Gemeinde bzw. Einwohnerrat zurück an den Start zu schicken ist einfacher, als selber zu entscheiden und zu regieren. Für die SP-Fraktion ist der Planungsbericht sehr informativ und erklärend und in den Einzelpositionen in sich schlüssig. Die Gewichtung

des öffentlichen Interesses an einem funktionierenden Verkehrsfluss über die privaten Interessen einer möglichst hohen Nutzungsflexibilität ist richtig. Allem voran deshalb, weil in diesen Gebieten auch bisher nicht höher gebaut wurde als 30 m. Die Begründungen und die Interessensabwägung des Gemeinderates berücksichtigen sowohl die öffentlichen als auch privaten Interessen genügend. Mit der Mutation wird Planungs- und Rechtssicherheit geschaffen, was im Interesse uns aller ist und deshalb Unterstützung im Einwohnerrat verdient. In diesem Sinn ist die SP-Fraktion für Eintreten und Direktberatung. Vor der Lesung werde ich mich noch einmal zu Wort melden, weil ich Fragen an den Gemeinderat und einen Änderungsvorschlag habe.

Benedikt Schmidt: Auch die Fraktion der Unabhängigen und Grünen ist für Eintreten und ich werde mich bei der Direktberatung noch einmal melden.

Christoph Pfirter: Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich für Eintreten und grundsätzlich mit allem einverstanden. Es ist abzuklären, ob bei den besonders schützenswerten Gebäuden die Besitzer bereits informiert wurden, weil es ansonsten Richtung Enteignung ginge. Von uns aus gesehen, kann man auch den Schutz der Hecken und Bäume streichen. Vielleicht kann man auch in den Fonds einzahlen wie Coop. Grundsätzlich sind wir für Eintreten.

Direktberatung

Gert Ruder: Aus den Prüfungsergebnissen geht hervor, dass eine nicht unbescheidene Anzahl von zwingenden Vorgaben vorhanden ist, die der Regierungsrat gerne berücksichtigt hätte, der Gemeinderat dazu aber nicht bereit ist. Auch wenn der Gemeinderat in seinen Erläuterungen gute oder sehr gute Argumente aufführt, bleibt doch die Frage offen, wie der Regierungsrat mit seinen nicht erfüllten zwingenden Vorgaben umzugehen gedenkt. Kürzlich hat der Gemeinderat ja in einem anderen Geschäft auf ein nicht unerhebliches Prozessrisiko hingewiesen. Welches Risiko besteht bei diesen Mutationen? Wird der Gemeinderat zusammen mit dem Einwohnerrat erneut an den Start geschickt oder haben gar private Interessensvertreter Chance, vor Gericht Recht zu bekommen? Wie beurteilt der Gemeinderat dies oder ist er schon im Besitz von weiterführenden Antworten oder Bestätigungen des Regierungsrates zu den Entscheidungen des Gemeinderates? In der Auflistung ist mir in Art. 4 „Gewerbezone und Industriezone“ Abs. 6 aufgefallen, bei den begrünten Flachdächern, wo unter c steht „Schichtdicke Bodensubstrat sofern statisch möglich mind. 10 cm“. „Sofern statisch möglich“ liegt im Widerspruch mit dem Regierungsrat einerseits (zwingende Vorgabe) und er sagt, dies solle gestrichen werden. Es steht aber auch im Widerspruch mit der Quartierplanpraxis hier im Einwohnerrat. In den vergangenen Quartierplänen haben wir immer „sofern statisch möglich“ gestrichen. Dies bedeutet, dass wir eine Eindeckung von 10 cm wollen und die statischen Voraussetzungen hierzu zu schaffen sind. Es handelt sich dabei um den Courant normal bei uns und auf diesen Punkt komme ich bei der Reglementslesung wieder zurück und stelle entsprechend Antrag.

Benedikt Schmidt: Wir haben zu diesen Mutationen Fragen und hoffen, dass der Gemeinderat diese jetzt oder allenfalls anlässlich der 2. Lesung beantworten kann und wir behalten uns vor, bei der 2. Lesung Anträge zu stellen. Frage 1 zu Parzelle 1607, die von der öWA-Zone in die W2-Zone umgezont werden soll. Dies ist die Parzelle neben dem Fröschi-Schulhaus. Ziffer 3.2.1 im Planungsbericht. Das Argument für die Umzonung ist unter anderen, dass es keine öffentlichen Nutzungsabsichten für diese öWA-Zone gibt. Wir wissen aber, dass die Gemeinde unter anderem daran ist, Flächen zu suchen, auf denen man Kindergärten bauen kann und fragen den Gemeinderat, ob er sich überlegt hat, ob man diese Parzelle allenfalls für einen Kindergarten brauchen könnte. Ein Kindergarten neben einem Schulhaus ist wahrscheinlich keine so schlechte Idee. Wir finden es auf jeden Fall besser, dort einen Kindergarten zu bauen, als Frei- und Grünflächen zu überbauen. Frage 2 zu einer Aussage im Planungsbericht, Kap. 3.2.5 zur

Industriezone Iy (30): Dort steht, dass ein Anwalt angekündigt hat, dass er keine Einsprache machen würde, wenn man einige Sachverhalte anders formulieren würde. Konkret hat der Anwalt gefordert, dass man die Formulierung „verkehrsintensive Verkaufsnutzungen“ wählt. Mit dieser Formulierung wäre er zufrieden, aber mit der Formulierung „Verkaufsflächen für Güter mit überkommunalem Besucherkreis“ nicht und droht mit einer Einsprache. Hier sollte uns in nicht-juristischem Deutsch erklärt werden, welches der Unterschied zwischen den beiden Formulierungen ist. Warum ist eine kleine Umformulierung von solch einer grossen Bedeutung? Gibt es Beispiele von Nutzungen, die mit der einen Formulierung möglich sind, nicht aber mit der anderen? Frage 3 zum ökologischen Vernetzungskorridor in der Rheinebene: Hierzu steht nichts im Planungsbericht. Wie wird die ökologische Vernetzung in Nord-Süd-Richtung sichergestellt? Teilweise gibt es eine solche Axe bereits schon heute. Diese könnte dem Persilweglein entlangführen, weiter zwischen Wald und Planzer und dann über die Brücke über die Autobahn. Das Eisenbahnareal nördlich kann dann weiter als Korridor dienen. Hat der Gemeinderat Massnahmen vorgesehen, dass die Querung der Autobahn weiterhin möglich bleibt? Hierzu müsste auch etwas im Strassennetzplan enthalten sein. Wie geht es in der Rheinebene weiter? Gibt es weiterhin eine Verbindung ans Rheinufer, wo dann andere ökologische Vernetzungskorridore in Ost-West-Richtung vorgesehen sind? Frage 4 zu den Eichen neben dem Schloss und den Bäumen beim alten Gottesacker: Es handelt sich um sehr markante Bäume und wir meinen, dass sie als schützenswerte Bäume zu bezeichnen sind. Dies ist nicht erfolgt, wurde aber im Mitwirkungsverfahren verlangt. Der Gemeinderat hat dies abgelehnt und dazu geschrieben, dass sich der Gemeinderat der Besonderheit dieser Bäume bewusst sei; dies ist für uns zu wenig. Hauptgrund für die Bäume neben dem Schloss ist wohl, dass dort eine unterirdische Einstellhalle angedacht ist. Dann stehen die Bäume im Weg. Trotzdem bin ich der Meinung, dass man diese Bäume nicht einfach ersatzlos beseitigen sollte. Der Baumschutz in diesem Reglement ist kein absoluter Baumschutz, wenn es notwendig ist, kann ein einzelner Baum durchaus gefällt werden, aber es muss ein Ersatz geschaffen werden. Darum werden wir den Antrag stellen, diese Bäume aufzunehmen und auch diejenigen des Gottesackers. Zusammenfassung: Die Eichen beim Schloss sind im Plan als schützenswerte Bäume zu bezeichnen und die Bäume beim Gottesacker ebenfalls. Beim Durchlesen haben wir gemerkt, dass es ein babylonisches Sprachgewirr gibt, wenn es um einheimische, standortgerechte Pflanzen geht. Wir bitten den Gemeinderat auf die 2. Lesung ein Reglement zu bringen, in dem die Wortwahl einigermassen harmonisiert ist. Art 14 „Allgemeine Gestaltungsgrundsätze“ ist von einheimischen, standortgerechten Arten, was wir gut finden und wie es sein soll. Es gibt in diesem Reglement Formulierungen, wo man von standortheimischen Pflanzen redet oder standorttypischen. Man sollte dies einheitlich formulieren und es ist einfacher, wenn es der Gemeinderat von sich aus sprachlich anpasst, sodass man auf ein halbes Dutzend Anträge verzichten kann. Eine Antwort zu Christoph Pfirter: Wir wohnen in einer schützenswerten Bausubstanz und wurden nicht informiert. Es könnte allenfalls unser Vorbesitzer informiert worden sein.

Urs Hess: Wenn man das ganze Reglement durchliest und ich war froh um den Monat mehr Zeit, fällt auf, dass der Plan vor allem in der Kernzone geändert wurde, wo man jetzt am Arbeiten ist. Damit man Rechtssicherheit hat, müsste man jetzt denjenigen Teil der Kernzone einzeichnen, der gültig ist und nicht den neuen. Sonst müssten wir entsprechend Antrag stellen, damit der Gemeinderat die Kernzone ausnimmt, damit das enthalten ist, was heute Fakt ist. Von mir aus gesehen gehören die neuen Sachen nicht in den Plan, damit wir nicht etwas beschliessen, worüber wir nicht geredet haben. Darum muss die Kernzone von den Beschlüssen ausgenommen werden und dass der heute gültige Plan zählt.

GP Beat Stingelin: Zur Frage von Gert Ruder mit der Schichtdicke Bodensubstrat mind. 10 cm: Dies ist ein Fehler im Schreiben. In allen Quartierplänen ist es so und es wird so geändert, wie du vorgeschlagen hast, also ohne „sofern statisch möglich“. Zu Benedikt Schmidt bezüglich Kindergarten: Wir haben dieses geprüft und wollten dort zuerst einen Kindergarten bauen, wo das Abwartehaus war. Wir mussten feststellen, dass die Fläche

nie und nimmer ausreicht. Ein Zweierkindergarten hat 1'283 m² und Gehrenacker 1'352 m². Der Platz im Fröschli, wo der alte Abwart gewohnt hat, umfasst 624 m² und dieser Platz, der umzuzonen ist, umfasst 516 m². Dies reicht nicht aus, auch nicht, wenn man zweistöckig baut. Man muss auch die Grenzabstände von 4 m einhalten und darum macht es keinen Sinn, dort weiter zu planen, wenn wir wissen, dass der Platz nicht vorhanden ist. Zur Formulierung „überkommunale Nutzung“: Wir haben uns hier schwer getan. Überkommunale Nutzung kann auch ein ganz kleiner Laden sein. Christoph Zwahlen hat dies früher eingebracht und gesagt, dass dort unten ein Tauchershop sei. Es wäre Unsinn, dies zu verbieten, weil er nur 150 m² umfasst. Er kann nicht von den Kommunalen leben und ist auf überkommunale Kundschaft angewiesen. Es kann durchaus ein kleiner Laden sein, der überkommunal genutzt wird. Zur Massnahme Rheinufer: Wir sind daran, dies mit Salina-Raurica zu regeln. Unten soll es eine Langsamverkehrsrouten geben, die sich eignen könnte. Die Verbindung, die über die Autobahn soll, soll später durch das Tramtrasse ergänzt werden. Wir wissen, dass es zu wenig ist und sind mit dem Kanton am Diskutieren – nicht gerade eine Wildwechselbrücke, aber dies können wir auf die 2. Lesung abklären. Zur Wortwahl einheimisch/standortgerecht: Diese Diskussion hatten wir vor allem bei Pratteln-Nord, weil dort „standortgerecht“ andere Sträucher waren. Dies wurde von Petra Ramseier bzw. ihrer Firma eingebracht und man muss dort anders planen als im Dorf. Darum diese Wortwahl, aber wir werden sie auf die 2. Lesung überprüfen. Dass einzelne Häuser eingefärbt wurden, wissen wir und Urs Schneider hat dies bereits das letzte Mal gesagt. Es ist sein Haus, das braun eingefärbt ist. Wir haben ihm erklärt, dass ein braun eingefärbtes Haus noch nicht geschützt ist. Es ist ein „schützenswertes“. Es werden alle angeschrieben und diese Personen können dann Ja oder Nein sagen. Wenn eine Person Nein sagt, ist es so. Gemacht wurde es glaube ich noch nicht, aber dies kann Herr Classen sagen. Man kann darüber diskutieren und der Besitzer sagt Ja oder Nein dazu. Die Gemeinde wird nie aufdoktrieren, dass ein Haus geschützt werden muss.

Martin Classen: Das Bauinventar BL, ein Inventar des Kantons, wurde im Plan orientierend dargestellt „schützenswerte Bausubstanz ausserhalb Kernzone, kommunal zu schützen“. Dies befindet sich im orientierenden Inhalt und dieser hat keinerlei Rechtskraft. Es wurden anfangs Dezember 2014 alle Betroffenen angeschrieben und Herr Schneider hat das Haus Mitte November 2014 gekauft. Nun kann sein, dass die Adressen noch nicht ganz so aktuell waren wie der Hauskauf. Ich habe nachgeschaut und gesehen, dass Herr Schneider keinen Brief erhalten hat, weil es gerade in der Zeit des Eigentümerwechsels war. Es wurden nur diejenigen Gebäude rosarot gehäuselt eingefärbt mit dem verbindlichen Planinhalt „geschützte Bauten ausserhalb Kernzone“, die die Gemeinde schützen will und von denen die Antwort des Grundeigentümers lautete „Ja, wir sind dafür“. Das Haus von Herrn Schneider ist nicht geschützt durch den Zonenplan. Zum Antrag der SVP, Perimeter Kernzone: Dies kann ich so unterstützen, weil es keinen Sinn macht, jetzt etwas zu bestimmen und zwei Jahre später das ganze noch einmal neu besprechen. Zur Frage von Gert Ruder: Wir wollen nur die Vorgaben des Regierungsratsbeschlusses mutieren und lediglich dort, wo es unumgänglich ist, eine zusätzliche Mutation zu machen. Bei den 10 cm Substratdicke ist es nicht unumgänglich notwendig und wir haben daher die Planungssicherheit als wichtiger betrachtet. Dies ist im Vorprüfungsbericht auch so vermerkt. Zum überkommunalen Besucherkreis: Mit dieser Aussage soll vermieden werden, dass verkehrsintensive Verkaufsflächen entstehen. Überkommunal bedeutet nicht verkehrsintensiv, es kann auch beispielsweise ein Harley-Davidson-Laden sein, zu dem jeden zweiten Tag ein Motorrad fährt. Solche Läden wollen wir nicht verbieten und daher wurde die Formulierung entsprechend angepasst. Zu den Bäumen: Im Mitwirkungsbericht haben wir Stellung dazu genommen und bei der Lesung des entsprechenden Paragraphen lässt sich noch etwas dazu sagen.

Dominique Häring: Ich habe bei der Verwaltung eine kleine „Reklamation“ zu diesem Papier hinterlegt. Das Dokument ist sehr umfangreich und gelesen werden einige Seiten in der Mitte, die nicht gekennzeichnet sind. Gelesen wird das „Zonenreglement Siedlung, Mutation 2014“, das querformatige Titelblatt befindet sich in der Mitte.

Lesung: Gelesen werden die §§.

Art. 2 Wohnzonen

Art. 3 Wohn-Geschäftszonen

Es gibt keine Wortmeldungen zu den Artikeln 2 – 3.

Art. 4 Gewerbebezonen und Industriezonen

Gert Ruder: In der logischen Konsequenz muss ich nun bei Abs. 6 „begrünte Dächer“ lit. c beantragen „Schichtdicke Bodensubstrat ~~sofern statisch möglich~~ mind. 10 cm“.

Antrag von Gert Ruder

Abstimmung über den Antrag von Gert Ruder

://: Dem Antrag von Gert Ruder wird mit grossem Mehr zugestimmt.

Fortsetzung der Lesung

Art. 5 Zonen für öffentliche Werke und Anlagen

Art. 6 Grünzone

Art. 7 Naturschutzzonen/ Schutzobjekte

Art. 8 Zone ökologische Vernetzungsachse und Hecken/Feldgehölze

Art. 10 Geschützte Bauten ausserhalb der Kernzone

Art. 12 Quartierplanungen, Ausnahmeüberbauungen nach einheitlichem Plan

Art. 13 Zonen mit Quartierplanpflicht

Art. 14 Allgemeine Gestaltungsgrundsätze

Art. 21 Vollgeschosszahl

Art. 22 Gebäudeprofil in Wohnzonen

Art. 25 Dachgestaltung

Art. 26 Dachaufbauten und Attikageschosse

Art. 28 Bauparzellen in verschiedenen Zonen

Art. 30 Schutzbepflanzungen

Zu den vorstehenden Artikeln gibt es keine Wortmeldungen.

Art. 31 Einzelbäume, Baumreihen und Alleen

Benedikt Schmidt reicht die Anträge dem Büro schriftlich ein. Sie lauten:

1. Die Eichen beim Schloss sind im Plan als schützenswerte Bäume zu bezeichnen.

Antrag 1 von Benedikt Schmidt

2. Die Bäume im alten Gottesacker sind als schützenswerte Bäume zu bezeichnen.

Antrag 2 von Benedikt Schmidt

Abstimmung über den Antrag 1 von Benedikt Schmidt

://: Dem Antrag 1 von Benedikt Schmidt wird mit 20 Ja zu 13 Nein bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Abstimmung über den Antrag 2 von Benedikt Schmidt

://: Dem Antrag 2 von Benedikt Schmidt wird mit 19 Ja zu 14 Nein bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Fortsetzung der Lesung

Art. 34 Ersatzabgabe

Art. 35 Ausnahmen

Art. 37 Baugesuchsunterlagen

Art. 30 Aufhebung

Zu den vorstehenden Artikeln gibt es keine Wortmeldungen.

Urs Hess: Es geht um den beiliegenden Plan. Bei „Ausnahmen“ müsste aufgenommen werden: *„Die Kernzone ist von sämtlichen Beschlüssen ausgenommen. Es gilt das bestehende Kernzonenreglement inklusive dem dazugehörigen Plan“.*

Martin Classen: Ich unterstütze den Vorschlag von Urs Hess, schlage jedoch vor, nicht die jetzige Kernzone auszunehmen, sondern den zukünftigen Kernzonenperimeter. Man hat schon in zahlreichen Sitzungen den Perimeter einer neuen Kernzone festgelegt, der allerdings noch nicht durch den Einwohnerrat genehmigt wurde.

Kurt Lanz: Mit dem Vorschlag von Martin Classen habe ich Mühe, weil ich den Perimeter nicht kenne. Nach dem Antrag von Urs Hess ist der Perimeter klar und wenn wir nun den neuen Perimeter nehmen und sagen, dass im neuen Perimeter alles beim Alten bleiben soll, ist dies widersprüchlich. Darum sollten wir trotzdem beim alten Perimeter bleiben und wenn ein neuer Plan kommt, zählt der neue Plan.

Urs Hess: Wir können nun darüber abstimmen, ob wir bei diesem Antrag bleiben und wenn es eine bessere Formulierung gibt, können wir diese bei der 2. Lesung einbringen. Wir wollen nicht etwas rechtsgültig machen, bei dem man noch am Planen ist und erst später kommt. Ob der Antrag nun so bleibt, wie ich ihn gestellt habe, oder abgeändert wird, spielt keine grosse Rolle. Die Stossrichtung ist klar und auf die 2. Lesung kann dies präzisiert werden.

Roger Schneider: Wir finden die Idee ja gut, den Teilzonenplan aus der Vorlage zu nehmen, aber wir kennen den Perimeter nicht. Ich kann nicht über etwas beschliessen, dass ich nicht kenne. Frage: Können wir dies auf die 2. Lesung bringen? Ein grossformatiges Exemplar reicht für Fraktionspräsidenten und der Kernzonenteil wäre in diesem Plan weiss. Dann können wir diesen Plan beschliessen, was zurzeit nicht möglich ist, weil wir den Perimeter nicht kennen.

GP Beat Stingelin: Schon bald drei Jahre sind wir an der Kernzonenplanung und wenn wir nun an den Anfang vor drei Jahren zurückgehen, machen wir etwas falsch. Der Kernzonenplan war schon zwei Mal in der Vorprüfung beim Kanton. Wir werden auf die 2. Lesung eine Formulierung bringen, die diesem gerecht wird und die Abgrenzung, die schon zwei Mal in der Vorprüfung war. Wir haben gekämpft und uns eingesetzt, gehen aber nicht drei Jahre zurück. Wir werden den Stand, den die Kernzone jetzt hat, einzeichnen, damit ihn alle kennen, die nicht dabei sind und bereiten dies auf die 2. Lesung vor.

Urs Hess: Es geht um die Sache und aus den Voten der meisten Fraktionen habe ich gehört, dass sie dem Antrag zustimmen würden und so gehe ich davon aus, dass der Gemeinderat den richtigen Plan bringen wird und dann haben wir diese Unterlagen an der 2. Lesung zur Verabschiedung. Dies ist für mich so in Ordnung.

Die 1. Lesung ist abgeschlossen. Der Gemeinderat wird die entsprechenden Pläne allen zustellen.

Geschäft Nr. 2920

Bericht der BPK zum Geschäft Quartierplanung Bahnhofstrasse - Quartierplanreglement – 2. Lesung

Aktenhinweis

- Bericht der BPK vom 21. Mai 2015

Am Referentenplatz befinden sich Gert Ruder als Präsident der BPK und Martin Classen, Abteilung Bau, für die Beantwortung von Fachfragen. Zuständiger Gemeinderat ist GR Rolf Wehrli.

Lesung Quartierplan-Reglement

§ 1 Zweck und Ziele

§ 2 Geltungsbereich

§ 3 Zulässige Nutzungen

Es gibt keine Wortmeldungen zu den §§ 1 – 3.

§ 4 Nutzungsmass und zulässige Bruttogeschossfläche

Patrick Weisskopf: Ich stelle einen Antrag zu § 4 und auch § 5, weil sie zusammengehören. Wie ihr wisst, finde ich, dass das Hochhaus an dieser Stelle mit den vorgesehen 34.6 m zu hoch ist und dies finden auch sehr viele Einwohner in Pratteln. Meine Anträge:

1. In § 4 ist das Richtmass für den Baubereich der Hauptbaute B auf 2'000 m² zu beschränken, was 400 m² weniger ist als jetzt. *Antrag 1 von Patrick Weisskopf*
2. In § 5 bin ich für eine Beschränkung der Haushöhe der Hauptbaute A auf 28.2 m statt 34.6 m. *Antrag 2 von Patrick Weisskopf*

Damit ergibt sich im Vergleich zum alten Quartierplan noch immer eine starke Mehrnutzung. Alt waren 1.78 Ausnützungsziffer und hier vorgeschlagen sind 2.75. Mit meinem Antrag zur Reduktion beträgt die AZ noch 2.44.

GR Rolf Wehrli: Wir sind in der 2. Lesung und auch in der 1. Lesung wurde dieses Thema diskutiert. Ich bitte sie, beide Anträge klar und deutlich abzulehnen. Die neue Höhe laut Patrick Weisskopf ist nicht einmal die Höhe, die man darf. Bildlich gesprochen: Statt einer Bettflasche, die gegen 30 m ist, die man bauen darf, gehen wir auf knapp 35 m mit einem schlanken, hohen – ob Hochhaus oder nicht, ist mir egal. Mit 5 m Mehrhöhe erhalten wir ein schöneres Gebäude als die Bettflasche.

Gert Ruder: Ich schliesse mich dem Votum von GR Rolf Wehrli an und verweise auf den Bericht der BPK. Die BPK hat die Situation an der Bahnhofstrasse genügend gewürdigt, indem sie sich das Projekt bestens angeschaut und die Vor- und Nachteile abgewogen hat. Der wesentliche Vorteil ist, dass es keine Bettflasche mehr gibt, sondern ein schlankes und schöneres Gebäude, dass den Schattenwurf viel günstiger entstehen lässt, als im alten Projekt vorgesehen. Ich bitte sie, Patrick Weisskopf nicht zu folgen und auch Patrick Weisskopf, beim einen oder anderen Votum, das er noch abgeben wird, die Arbeit der BPK sachlich zu würdigen.

Patrick Weisskopf: Zum Votum von Gert Ruder: Ich würdige die Arbeit der BPK und habe dort auch meine Vorschläge eingebracht. Ich sehe, dass die von mir eingebrachten Sachen nicht so berücksichtigt wurden, wie ich es gern hätte. Ich kenne in Pratteln sehr viele Leute, die das Gebäude auch zu hoch finden. Ich habe Diverses genau angeschaut und darauf steige ich nicht mehr ein. Es ist so, dass ich eine Höhen- und eine Flächenreduktion gebracht habe. Dies heisst, das Gebäude wird nicht breiter oder grösser, sondern bringt in demselben Umfang breiten- und längenmässig einen weniger grossen

Schattenwurf, weil es auch weniger hoch ist und es würde von der Grösse her gesehen aus meiner Sicht auch besser dort hinpassen. Es gibt andere Einwohner, die würden sogar sagen, dass dort ein Platz hingehört, weil wir zu wenig Grünflächen haben. Es wäre gut, wenn dort eine Grünfläche wäre, gerade weil verdichtete Flächen in einem Stadtquartier eine Abkühlung brauchen. Ein solcher Kubus wie jetzt vorgesehen, verstösst aus meiner Sicht gegen das, was im nicht behördenverbindlichen Hochhauskonzept versprochen wurde. Da wurden wir an der Nase herumgeführt, das Hochhausareal endet für mich an der Tramlinie und wurde mit der Lex-Beyeler in nördliche Richtung erweitert.

Andreas Seiler: In der Mitte steht das Modell und da sieht man schön, dass das geplante Haus perfekt in die Umgebung zwischen Aquila-Hochhaus und die umgebenden Bauten passt. Wir haben eine abfallende Linie und die anderen Details stehen im Bericht der BPK. Darum empfehle ich entschieden, die Anträge abzulehnen.

Urs Hess: Wenn wir die Gebäudehöhe reduzieren, würden wir dem nachleben, was wir früher gesagt haben, dass wir nördlich der Tramlinie Hochhäuser haben und südlich davon keine neuen Hochhäuser haben. Eine Frage ist noch offen, die wir auch diskutiert haben und uns der Gemeinderat dazu noch etwas mitteilen wollte. Es ging um die Abfallsammelstelle und dass sie wegkommt ist sonnenklar. Der Gemeinderat will in der Nähe etwas machen und mich interessiert, wo die Sammelstelle sein wird.

Martin Classen: Zum Votum von Patrick Weisskopf, in dem er die Qualität der Quartierplanung anzweifelt: Im Verfahren muss man immer die Qualität nachweisen. Darum waren wir drei Mal bei der kantonalen Arealbaukommission, in der ausgewiesene Fachleute sind, die dies angeschaut haben. Man hat das Projekt stetig weiterentwickelt und die Fachkommission ist der Meinung, dass es sich um ein hochwertiges Projekt im Zentrum von Pratteln handle, mit dem das ganze Zentrum weitergebracht werden kann. Zum Hochhauskonzept: Das Hochhauskonzept beschäftigt sich mit Monumenten bzw. Hochhäusern, die über die bestehende Topografie herausragen. Pratteln hat zahlreiche Gebäude, die zwischen 30 und 40 m hoch sind. In diesem Sinn ragt dieses Gebäude sicher nicht über die bestehende Topografie hinaus.

GP Beat Stingelin: Zur Abfallsammelstelle: Wir sind daran, in unmittelbarer Nähe etwas zu suchen. Wir haben die Vorstellung, dass Parkplätze genutzt werden, wie es in Liestal und anderen Gemeinden der Fall ist, weil man gut zu- und abfahren kann. Wir sind gerade daran, ob man hinten, wo die Abfahrt in die Baslerstrasse ist, etwas realisieren könnte. Oder, wie in Oberwil, unmittelbar vor dem Einkaufscenter, wo es zu Fuss erreichbar ist. Wir sind daran, dies zu prüfen.

Abstimmung über den Antrag 1 von Patrick Weisskopf

://: Der Antrag 1 von Patrick Weisskopf wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Fortsetzung der Lesung

§ 5 Baubereiche, Geschosshöhe, Gebäudehöhen

Patrick Weisskopf: Ich bin froh, dass es noch einen Paragraphen über die Höhe gibt, sodass ich noch ein zweites Mal sprechen kann. Wir haben gehört, dass Liestal und Kommissionen in Liestal die Pläne anschauen und sagen „Dies passt in Pratteln und so muss es sein“. Wir haben gehört, dass sich das Hochhauskonzept mit grossen Häusern befasst, 60 – 80 m. Meine Damen und Herren. Ich wohne in Pratteln und bin Einwohner-rat und wir haben in Pratteln etwas zu sagen. Das Raumplanungsgesetz überlässt dies uns, ob wir es wollen oder nicht. Über Schönheit kann man streiten. Wenn es gesetzt

wird, gilt es und wird gemacht. Uns ist auch wichtig, dass ihr überzeugt seid, dass ihr es wollt. Ihr schafft so erheblichen Mehrwert und ich weiss nicht, was die Investoren hinterherum machen. In einem Leserbrief stand „Baumafia“ und davor habe ich Angst. In Kommissionen des Kantons - unsere Kommission ist okay und ich bin einverstanden - haben Investoren eine höhere Gewichtung als die Einwohner. Darum sollen die Einwohner auch hier Gehör finden und der Einwohnerrat muss wissen. Wenn ihr ja sagt, sagt ihr als Einwohner von Pratteln Ja zu diesem Gebäude und ihr müsst damit einverstanden sein und nicht irgendeine Kommission oder Beamtenstube in Liestal. Es geht um unser Pratteln und was wir wollen. Zur Rechtssicherheit: Es wurde ein kleiner Teil der Parzelle überbaut und hat nicht den ganzen Quartierplan angeschaut. Man hat eine Parzelle herausgerissen und macht einen Parzellenplan. Am anderen Ende des Planes sind schützenswerte Häuser eingezeichnet. Man hätte beides sauber lösen können und den beiden Investoren eine Abfindung ausrichten, damit man das eine halten und das andere mit einem Mehrwert belegen kann. Dies ist nicht passiert und so schaffen wir nun Rechtsunsicherheit. Der andere Investor will vielleicht auch ein hohes Haus bauen, aber es befindet sich dort ein schützenswertes Gebäude. Hoffentlich ist er damit einverstanden. Ich kenne mehrere Parzellenbesitzer, deren Häuser auch blau eingezeichnet waren und die damit nicht einverstanden sind.

Christoph Pflüger: Zu Patrick Weisskopf: Politisch sind wir nicht gleich gesinnt, aber Land nicht zu überbauen, da sind wir gleich. Du, weil du ein Grüner bist und ich, weil ich Landwirt bin. Warum willst du nicht in die Höhe bauen? Für mich gibt es nichts Besseres. Ob schön oder nicht schön, kann man diskutieren. Wir haben nun den Druck, dass mehr Leute nach Pratteln kommen, dass mehr gebaut wird und mehr Firmen kommen. Sonst müsste man einen Grundsatzentscheid fällen, dass wir in Pratteln nichts mehr bauen und lösen das Problem auf einen anderen Weg. In die Höhe bauen stört mich nicht und man muss nicht in die Höhe schauen, wenn man nicht will.

Mauro Pavan: Ich gebe Patrick Weisskopf recht. Wir müssen damit einverstanden sein, und wie du siehst, sind die meisten hierin damit einverstanden. Ich bitte euch, den Antrag abzulehnen und bin der Meinung, man könne nun darüber abstimmen.

Abstimmung über den Antrag 2 von Patrick Weisskopf

://: Der Antrag 2 von Patrick Weisskopf wird mit 25 Nein zu 4 Ja bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Fortsetzung der Lesung

- § 6 Materialien und Gestaltung der Bauten
- § 7 Energie-Standard
- § 8 Dachflächen, Dachaufbauten, Dachbegrünung
- § 9 Grundsatz
- § 10 Öffentliche Bereiche
- § 11 Parkplätze
- § 12 Kostenbeiträge
- § 13 Wasserversorgung/Abwasserbeseitigung
- § 14 Wärmeerzeugung/Energie
- § 15 Abfallbeseitigung
- § 16 Lärmschutz
- § 17 Quartierplan-Vertrag
- § 18 Ausnahmen
- § 19 Schlussbestimmungen

Es gibt keine Wortmeldungen zu den §§ 6 – 19.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr bei 3 Gegenstimmen:

://: Der Einwohnerrat stimmt der Quartierplanung Bahnhofstrasse mit grossem Mehr zu und beauftragt den Gemeinderat mit der Durchführung des weiteren Verfahrens gemäss § 31 RBG.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 2. November 2015.

Geschäft Nr. 2932

Teilrevision Verwaltungs- und Organisationsreglement bzgl. Änderung der ständigen Kommissionen und des Bussenanerkennungsverfahrens – 2. Lesung

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 21. April 2015

2. Lesung

§ 8 ständige beratende Kommissionen

Keine Wortmeldung

§ 13 Bussenanerkennungsverfahren

Philippe Doppler: Bei der 1. Lesung habe ich einen Antrag zu Abs. 3 gebracht, weil ich die Sinnhaftigkeit der neuen Formulierung anzweifle und ich meinte, dass der Gemeinderat mich auch verstanden hatte. Es liegt heute für die 2. Lesung jedoch keine neue Formulierung vor und gehört habe ich auch nichts. Ich bin froh um eine Antwort.

GR Ruedi Brassel: Der Gemeinderat ist der Meinung, dass der Absatz richtig verfasst ist. Philippe Doppler hat irritiert, dass in diesem Satz zwei Mal das Wort „Anhören“ vorkommt. „Wird weder eine Anhörung verlangt, noch die Busse bezahlt, ist der Verzeigte oder die Verzeigte anzuhören, bevor eine Strafe ausgesprochen wird“. Dies ist die zweite Anhörung vor dem Bussenausschuss, die stattfinden muss. Wenn man die doppelte Anwendung des Wortes „anhören“ vermeiden will, könnte es heissen „Wird weder eine Anhörung verlangt, noch die Busse bezahlt, ist der Verzeigte oder die Verzeigte vorzuladen, bevor eine Strafe ausgesprochen wird“. Die Vorladung wäre eine Vorladung vor den Bussenausschuss, was faktisch einer Anhörung gleichkommt. Wenn diese Anhörung nicht wahrgenommen wird, entscheidet der Bussenausschuss und das Verfahren könnte später allenfalls weitergezogen werden. Ich finde die Formulierung klar und wenn Philippe Doppler die Formulierung „vorzuladen“ besser findet, kann er diesen Antrag stellen.

Philippe Doppler stellt folgenden Antrag: „Wird weder eine Anhörung verlangt, noch die Busse bezahlt, ist der Verzeigte oder die Verzeigte ~~anzuhören~~ vorzuladen, bevor eine Strafe ausgesprochen wird“.

Antrag von Philippe Doppler

Abstimmung über den Antrag von Philippe Doppler:

://: Dem Antrag von Philippe Doppler, SVP-Fraktion, den Text bei § 13 Abs. 3 umzuformulieren auf „..., ist der oder die Verzeigte vorzuladen,...“, wird mit grossem Mehr bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr und die 2. Lesung ist beendet.

Schlussabstimmungen

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 1. Die Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements vom 28. Februar 2011 bzgl. der Änderung der ständigen beratenden Kommissionen wird genehmigt.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 2. Die Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglements vom 28. Februar 2011 bzgl. der Änderung des Bussenanerkennungsverfahrens wird genehmigt.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 2. November 2015.

**Geschäft Nr. 2762/2957 Verstetigung der Quartierentwicklung
Aufstockung Stellenplan um 50 Stellenprozente, befristeter Einsatz von 40
Stellenprozenten**

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 27. August 2015

Das Büro beantragt Eintreten und Direktberatung.

GP Beat Stingelin: Diese Vorlage ist mit der Frage von Christian Schäublin eng verknüpft. Ich sage zu allen drei Vorlagen etwas. Die Quartierentwicklung war das Projekt in Pratteln, das schweizweit Furore gemacht hat. Aus einer Lethargie sind wir nun dank der Hilfe des Einwohnerrates, des Kantons und des Bundes an einen Punkt gekommen, den wir früher gezweifelt haben, überhaupt zu erreichen. Wir haben es aber mit allen Beteiligten und den Bewohnerinnen und Bewohnern des Quartiers fertiggebracht, die Quartierentwicklung dorthin zu bringen, wo sie hingehört und auch sein sollte. Eine Quartierentwicklung ist nie fertig und geht immer weiter. Was passiert, wenn man nichts macht, haben wir im Beispiel Längi deutlich erlebt und dies ist für mich der Aufhänger, dass in Pratteln so etwas nicht mehr passieren darf. Es darf auch mit der jetzigen Bautätigkeit nicht passieren. Heute herrscht etwa derselbe Boom wie dazumal, nur etwas näher am Dorfkern. Für mich ist wichtig, dass die Verstetigung der Quartierentwicklung weitergeht. In den Abteilungen geht es weiter ohne Stellenprozente, weil sie es sich verinnerlicht haben. Darum heisst es auch „Verstetigung“. Wir haben festgestellt, dass wir draussen vor Ort Personen brauchen, die zu den Leuten gehen, mit ihnen reden und ihre Sorgen

und Anliegen abholen. Wenn ich von Quartierentwicklung rede, so rede ich nicht von Ausländern alleine. Im Gebiet Muttenerstrasse/Vogelmatt gibt es sehr viele Schweizer, die mitmachen. Auch im Gehrenacker. Quartierentwicklung fängt eben überall an und ich glaube, wenn wir hier einfach aufhören, würden wir einen grossen Teil der Bevölkerung enttäuschen. Wir haben im Gemeinderat zwei Gärtner. Wenn wir ein Sträuchlein pflanzen, wächst es und wächst. Irgendwann muss man den Strauch schneiden und pflegen. Man kann nicht alles lassen, sonst ist es verwachsen und die Situation ist wieder wie früher oder noch schlimmer. Dies muss man pflegen und genau dies müssen wir bei der Quartierentwicklung. Zu den 420 Stellenprozenten aus den Abteilungen „Soziales“ und „Dienste/Sicherheit“: Beide Abteilungen sind ausgesprochene Dienstleistungsabteilungen. Der Schaltdienst wird immer schwieriger, weil die Leute mehr Informationen wollen und brauchen, was die Verweilzeit am Schalter erhöht. Es sind sehr viele ältere Schweizer, die nicht schreiben können, und denen man helfen muss. Man kann den Kopf schütteln und behaupten, es stimme nicht, aber es ist so. Immer mehr Leute haben Probleme, sich zu äussern und zu verständigen. Sie kommen an den Schalter und brauchen Hilfe. Ich bin froh, dass wir diese Hilfe anbieten können, dies gehört auch zu Pratteln. Wir müssen diesen Leuten helfen und für das ist der Schalter mit seinen Personen da. Die Abteilung Dienste/Sicherheit wurde immer wieder optimiert, umgebaut, anders gegliedert, zusammengelegt usw. Die Leute arbeiten in allen Abteilungen, müssen alles machen, aber es reicht nicht aus. Wir haben jedes Jahr rund 900 Zuzüge bzw. Wegzüge in Pratteln und da steckt für die Verwaltung viel Arbeit dahinter. Auch bei Gesundheit/Soziales ist man am Optimieren. Es kommen immer mehr Fälle; dies hat nicht damit zu tun, dass es den Leuten schlecht geht. Es handelt sich oft um Verlagerungen von der IV, die an uns abgegeben werden und man hat festgestellt, dass bei der stetigen Überlastung die Aufträge nicht immer zur vollsten Zufriedenheit ausgeführt wurden. Schlussendlich kostet uns dies Geld. Wir müssen sehen, dass wir gute und genügend Leute haben, die die Fälle sauber und mit der nötigen Zeit begutachten und eine saubere Lösung finden, die am Schluss Geld einspart. Wenn sie mich fragen, wie viel Geld wir hierbei sparen, so kann ich es nicht sagen, aber wir sparen ganz sicher. Die Leute in dieser Abteilung sind stetig unter Druck und zwar negativ. Es kommt ja niemand zur Sozialhilfe mit Freude und macht Spässchen. Die Leute reagieren teilweise sehr aggressiv, was eine zusätzliche Belastung darstellt. Dies müssen wir abfangen und auf mehr Schultern verteilen. Bei den Vorlagen 2762/2957 bitte ich sie, so zuzustimmen. Bei der Aufstockung „Soziales“ und „Dienste/Sicherheit“ werden kurz die beiden Gemeinderäte noch etwas sagen.

Eintreten

Fabienne Zahnd: Die Fraktion der Unabhängigen ist für Eintreten auf dieses Geschäft. Wir finden, dass es höchste Zeit ist, dass die Quartierentwicklung fester Bestandteil der Gemeinde Pratteln wird. Wir wissen, was in den letzten Jahren aufgebaut wurde und eine solche Leistung darf nicht sich selber überlassen werden, weil sonst die Gefahr für Rückschritte relativ gross ist.

Urs Hess: Wir treten auf dieses Geschäft ein, sind aber nicht der Auffassung, dass man immer alles zugestehen muss, was der Gemeinderat wünscht. Wenn man sieht, was in den Quartieren geht und ich das Bild von GP Beat Stingelin nehme, dass man die Pflänzlein noch stutzen muss, so frage ich mich, warum die Gemeinde noch Wasser geben muss? Das können ja die Leute im Quartier auch. Die Idee war ja ursprünglich, dass man die Leute dazu bringt, selber etwas weiterzumachen und nicht, dass die Gemeinde alles machen muss. Wir sehen, dass es dort eine gewisse Entwicklungsarbeit braucht und darum ist unsere differenzierte Haltung die, dass wir sagen: Bei den 50 Stellenprozenten stimmen wir zu und bei den anderen 40 stellen wir den Antrag, sie auf zwei Jahre zu befristen und dann einen Bericht für eine Weiterführung zu verlangen.

Antrag von Urs Hess

Andrea Klein: Die FDP-Mitte ist ebenfalls für Eintreten. Auch wir haben uns sehr über die positive Entwicklung gefreut, waren aber etwas enttäuscht und traurig, dass man es nicht jetzt am Ende des Projektes geschafft hat, alle Abläufe zu verstetigen und dass man wieder kommt mit einem Antrag. Wir sind etwas enttäuscht, dass man nicht schon jetzt geschafft hat, dies zu entwickeln und daher stellen wir einen Gegenantrag, dass wir mit 50 Stellenprozenten einverstanden sind, aber lediglich befristet vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2019. Dann wird sowieso auf Globalbudgetierung umgestellt und der Gemeinderat kann machen, was er will.
Antrag von Andrea Klein

Kurt Lanz: Alle Fraktion hatten ihre Vertretungen im Echoraum, der das Project urbain begleitet hat. Etwas vom Wesentlichsten ist, dass ich seit Jahren keine bad news mehr von Pratteln gehört habe und schreibe dies auch der Quartierentwicklung zu. Wenn man das Gefühl hat, die Quartierentwicklung müsste sich nun verselbstständigen, berichte ich aus den Sitzungen. Wer, wenn nicht die Gemeinde Pratteln, hat das grösstmögliche Interesse, dass es den Leuten dort gut geht? Es ist leider nicht so, dass die, die mit ihren Mieten noch etwas Geld verdienen, das grösstmögliche Interesse haben. Die Gemeinde Pratteln muss dauernd anklopfen, dass im näheren Umfeld der Wohnsituation der Leute eine positive Veränderung stattfindet. Diese positive Veränderung findet nicht von alleine statt. Es wechselt ein Hausbesitzer und die Gemeinde muss nun schauen, dass für den dringend nötigen Spielplatz Allianzen geschmiedet werden. Wer, wenn nicht die Gemeinde ist die Organisation, die das grösstmögliche Interesse hat. Wenn man das Gefühl hat, so etwas könne sich verselbstständigen, hat man nicht verstanden, wie das Ganze funktioniert. In jedem Fall braucht es die hier vorgeschlagenen Stellen und wenn man davon ausgeht, dass nichts passiert ist, erinnere ich daran, dass nach langer Zeit wieder das Längifest ins Leben gerufen wurde. In der Zwischenzeit funktioniert dies und ich werde nicht mehr gefragt, ob ich helfen würde. Dies ist ein gutes Zeichen und zeigt, dass genau dort das stattfindet, was sie unbedingt wollen. Die Leute dort sind selbstständig, aber wir können sie nicht fallen lassen. Es gibt nun dort einen Quartierraum und dies muss organisiert sein. Wenn wir das Gefühl haben, dass es ein Selbstläufer wird, machen wir genau denselben Fehler, der schon gemacht wurde, als das Problem Längi entstanden ist, was GP Beat Stingelin schon gesagt. Aus diesem Grund bitte ich sie, den vom Gemeinderat beantragten Stellen zuzustimmen.

GP Beat Stingelin: Ich bin relativ erfreut, dass es nicht von Anfang an infrage gestellt wird. Dass man hinterfragt, gehört dazu. Zu Urs Hess: Wenn du anschaut, was im Rankacker mit den Kindern und Eltern geschafft wurde, und am Aegelmatt schaut, was Eltern und Kinder letzte Woche geschafft haben- sie schaffen mit, wenn man sie holt. Aber, sie brauchen eine Anleitung und von alleine kommen sie nicht und müssen einen Ansprechpartner haben. Der Antrag von Urs Hess ist für uns nicht ganz befriedigend, aber es ist immerhin etwas und gar nichts. Zu Andrea Klein, die sagt, dass der Gemeinderat nachher macht, was er will: Der Gemeinderat kann nicht machen, was er will. Der Einwohnerrat sagt, was er machen muss. Ich halte immer noch am Antrag des Gemeinderates fest und dass wir gerne, sehr gerne so weiterschaffen, wie die Beschlüsse vorhanden sind. Ich bitte sie, den Beschlüssen des Gemeinderats zuzustimmen.

Eintreten ist nicht bestritten und es folgt die Direktberatung. Hierzu gibt es keine Wortmeldungen und es folgt die Abstimmung zu den Beschlüssen.

Der Rat beschliesst einstimmig:

://: 1. Die Ziele der Quartierentwicklungsarbeit gemäss Konzept Seiten 10 und 11 werden genehmigt und mit geeigneten Massnahmen permanent verfolgt.

Der Rat lehnt den Antrag von Andrea Klein, Fraktion FDP-Mitte, auf Änderung des Beschlusses mit 17 Nein zu 15 Ja und 1 Enthaltung ab und beschliesst mit 19 Ja zu 7 Nein bei 7 Enthaltungen:

://: 2. Der Stellenplan der Gemeinde Pratteln wird per 1. Januar 2016 um 50 Stellenprozent aufgestockt.

Der Rat stimmt dem Antrag von Urs Hess, SVP-Fraktion, auf Anpassung des Beschlusses mit 15 Ja zu 15 Nein bei 3 Enthaltungen und Stichentscheid der Präsidentin zu und beschliesst:

://: 3. Vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2017 werden ausserhalb des Stellenplans zusätzlich 40 Stellenprozent für die Quartierarbeit eingesetzt mit Bericht für die Weiterführung zuhanden des Einwohnerrats.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum. Ablauf der Referendumsfrist: 2. November 2015.

Geschäft Nr. 2955

Aufstockung Stellenplan um 420 Stellenprozent (Abteilung Gesundheit/Soziales und Abteilung Dienste/Sicherheit)

Aktenhinweis

- Antrag des Gemeinderates vom 27. August 2015

GR Emanuel Trueb: Die groben Überlegungen des Gemeinderates, warum der Sozialdienst mehr Stellen braucht: Im Sozialdienst gibt es zwei Überlegungen und bevor ich aushole, setze ich voraus, dass sie ihre jeweiligen gewählten Personen der Fraktionen bzw. Parteien, die in der Sozialhilfebehörde sind, interviewt und sich mit ihnen besprochen haben, damit sie die Hintergründe kennen. Zurück zum Sozialdienst und den Aufgaben im Sozialwesen. Es gibt zwei Zahlen, die sie interessieren. Die erste Zahl ist das, was die Gemeinde Pratteln für die Sozialhilfe ausgibt, also für die „Armenpflege“. Es handelt sich um das Geld, das diese Personen benötigen, weil sie ohne diese Hilfe nicht in dieser Gemeinde leben könnten. Die zweite Zahl ist das Geld, das wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geben, damit sie diese Aufgabe erledigen können. Es ist bedauerlich, dass die Sozialhilfekosten nicht abnehmen, sondern tendenziell steigen. Damit diese Arbeit professionell und gut gemacht wird, brauchen wir hervorragende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, weil nur sie dazu beitragen können, dass die Menschen, die berechtigt sind, Geld zu erhalten, dies auch erhalten. Sie sind in der Lage, herauszufinden, welche Personen keinen oder einen geringen Anspruch haben und, dies ist sehr wichtig, herausfinden, wo das Subsidiaritätsprinzip greifen muss. D. h., ob wir allenfalls Geld zur Verfügung stellen, ohne dies zu müssen, weil andere Sozialwerke dies leisten müssten. Dies ist mit Arbeit verbunden. Wenn wir diese Arbeit nicht leisten, laufen wir Gefahr, diese Mittel aus der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips nicht zu erhalten. Konkret: Wir budgetieren grosse Beträge, die bei der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips wieder zurückkommen. Dies setzt voraus, dass wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, die diese Sozialarbeit leisten. Dies ist einer der Gründe, warum der Gemeinderat mit zusätzlichen Stellen kommt. Ein grosser Teil dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist bereits da, schafft hervorragend und trägt dazu bei, dass der Anstieg, der sich abzeichnet, einigermaßen kontrolliert oder gebremst werden kann. Diese Personen sind

momentan befristet angestellt, und wenn wir sie nicht fest anstellen, laufen wir Gefahr, wieder in Zustände zurückzufallen, wie wir sie vor einigen Jahren hatten, als die Sozialarbeit nur ungenügend und teilweise geleistet werden konnte. Dann verlieren wir Geld bzw. geben welches aus, wo wir es nicht müssten, und dies ist der entscheidende Punkt.

Eintreten

Patrick Ritschard: Die SVP-Fraktion hat dieses Thema lange diskutiert. GR Emanuel Trueb hat soeben gesagt, dass die meisten Leute schon da seien. Wenn ich nun nachschaue, was ausgewiesen wurde, reden wir von 260 Stellenprozenten, die schon da sind und man will auf 420 Stellenprozente insgesamt aufstocken. Wo sind denn die anderen Leute? Bei „die meisten Leute“ rede ich von 80 – 90 Prozent, die schon da sind. Ich sehe in den Unterlagen nicht, dass sie schon vorhanden sind. Wir unterteilen in einerseits die schon ausgewiesenen Stellenprozente und andererseits die zusätzlichen. Man redet davon, dass es mehr Arbeit gibt, aber es wurde in den letzten Jahren auch Arbeit an den Kanton abgegeben. Von uns aus gesehen fehlt eine Aufstellung, um wie viel Arbeit effektiv in den letzten Jahren gewachsen ist und um wie viele Stellenprozent man aufgestockt hat. Wir sind der Meinung, dass es für die Leute, die schon hier sind, sicher unangenehm ist, wenn sie immer wieder verlängert werden. Wir stellen daher den Antrag, 3. Beschluss aufzuteilen in: „3.1 Der Stellenplan der Gemeinde Pratteln wird per 1. Januar 2016 für die Abteilung Gesundheit/Soziales um 160 Stellenprozente erhöht. 3.2 Der Stellenplan der Gemeinde Pratteln wird per 1. Januar 2016 für die Abteilung Dienste/ Sicherheit um 100 Stellenprozente erhöht“. Wir sind der Meinung, dass wir die bisher beschäftigten Personen übernehmen, aber für weitere Stellen fehlt uns eine gewisse Weitsicht, die dies einerseits rechtfertigt, aber auch aufzeigt, welche Arbeit weggefallen ist und wo diese Stellenprozente untergebracht wurden. Ich bin der Meinung, dass auch aufgezeigt gehört, welche Bemühungen die Gemeinde unternimmt, um die vorhandenen Ressourcen und Prozesse zu optimieren. GP Beat Stingelin hat vorhin erwähnt, dass die Leute mehr schaffen müssen und wenn sie krank werden wegen der Mehrarbeit, muss ich als Fachperson für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sagen, dass dies von mir aus gesehen, zu wenig Argument ist. Wenn Leute beim Arbeiten auf der Verwaltung krank werden, habt ihr meiner Meinung nach ein grösseres Problem, weil hier immer mehrere Faktoren zusammentreffen. Es fehlen mir also Informationen, diese weiteren Stellenprozente zu bewilligen.

Antrag von Patrick Ritschard

GR Ruedi Brassel: Es geht nicht um die Stellenverteilung, über die im Einwohnerrat entschieden wird, es geht um die Bewilligung von Stellen und wie diese Stellen verteilt werden, liegt in der Kompetenz des Gemeinderates. Warum mehr Stellen in der Abteilung Dienste/Sicherheit? Vieles hat GP Beat Stingelin schon gesagt. Es ist so, dass diese Abteilung die erste Anlaufstelle für Leute in der Gemeinde ist. Es ist wichtig, dass man dort auf die an die Gemeinde herangetragenen Ansprüche von allen Leuten, die mit der Gemeinde zu tun haben, so reagieren, dass wir das Bild abgeben, das wir als Gemeinde abgeben wollen. Ein gutes Bild, ein vorwärtsgewandtes Bild, das den Leuten sagt, ja, hier geht man auf uns ein und hat die Möglichkeit, zu unterstützen, wenn es nötig ist. Dies passt zum Image unserer Gemeinde und soll gefördert werden. Wir stellen in der letzten Zeit fest, dass neue, durch Kanton und Bund zugewiesene Aufgaben und Aufgabenbereich auf den Gemeinde sind und ich wüsste nicht, welchen Aufgabenbereich wir in diesem Gebiet abgegeben haben. Es wird mehr Bürokratie verlangt, es sind mehr Formalitäten zu erledigen und die Verständigung ist nicht immer einfach. Die Fähigkeit, sich schriftlich auszudrücken ist nicht immer vorhanden, auf das hat GP Beat Stingelin auch schon hingewiesen und es wird schlichtweg mehr gefordert. Mehr gefordert werden alle in dieser Abteilung. Im AllService wurde in Teamarbeit einander ausgeholfen, wo man aufeinander abgestimmte Arbeitspläne hat und die Organisationen und Arbeitsabläufe wirklich optimiert hat, bis zu einem Grad, an dem sich dieses nicht mehr weitertreiben lässt. Man hat auch befristete Stellen mit eingebaut. Nicht nur die befristeten Stellen, die hier als formell befristete Stellen ausgewiesen sind, sondern auch dieje-

nige Stelle, die als Integrationshilfsstelle geschaffen worden ist, die zu 100 % besetzt und nicht im Stellenplan ausgewiesen ist. Wir sind darauf angewiesen, dass es diese Stelle gibt und nicht jemand neues kommt. Diese Person ist heute im diffizilen Metier der Einwohnerkontrolle eingeschaft und genau da braucht es Kontinuität. Wir müssen sehen, dass wir den drohenden Know-how-Verlust abwenden, denn es werden viele Leute nach Pratteln ziehen und unsere Dienstleistungen bei den Neuankömmlingen gefragt und unser Image steht auf dem Spiel. Diese Problematik entsteht, wenn man diese Stellen kürzt bzw. nicht bewilligt. Daher muss ich sie bitten, in diesem Sinn die Zukunft der Gemeinde Pratteln zu sichern und einen Beitrag zum Umbruch zu leisten, in dem wir uns befinden. Bewilligen sie diese Stellen. Eine Alternative kann nichts anderes ein, als ein Dienstleistungsabbau wie beispielsweise Verkürzung von Schalteröffnungszeiten oder weniger Dienstleistungen und dies darf es nicht sein. Ich bitte sie darum, dies zu unterstützen.

Mauro Pavan: Aus Sicht der SP-Fraktion hat der Gemeinderat gut dargelegt, warum diese Stellenprozente nötig sind und warum es total 420 Prozent braucht. Wir begrüssen das transparente Vorgehen. Der Gemeinderat müsste uns ja nicht sagen, wie er die Stellen verteilen will; diese Kompetenz hat er selber. Er macht auch keine Salami taktik, sondern bringt es auf einmal. Um die Qualität auf der Gemeinde sicherzustellen, ist es unbedingt nötig, die befristeten Stellen in unbefristete umzuwandeln. Es macht auch keinen Sinn, immer wieder eine neue Befristung zu schaffen, was der Situation und den Angestellten nicht gerecht wird. Die SP wird so zustimmen. Zu den Anträgen äussere ich mich bei der Direktberatung.

Andreas Seiler: Wir sind noch bei der Eintretensdebatte und daher fasse ich mich kurz: Die Fraktion FDP-Mitte ist für Eintreten, möchte aber die Stellenprozente nicht in voller Höhe bewilligen. Details hierzu später in der Direktberatung.

Patrick Weisskopf: Die Unabhängigen sind für Eintreten. Wir haben lange diskutiert, wie wir vorgehen. Wir haben uns gefragt, ob es neue Personen braucht oder ob es mit Pensenerhöhungen gemacht werden kann. Vermisst haben wir Angaben, wo eingespart werden könnte oder mehr einnehmen. Dies ist wichtig, wie wir von rechter Seite gehört haben. Wären wir in der Privatwirtschaft, würden wir uns fragen, wie man die Prozesse verbessern kann. Wir haben über Arbeitsbedingungen gehört und ich bin froh, sind diese Services weiterhin in Pratteln und ich kann die Menschen ansprechen. In der Privatwirtschaft wandern immer mehr solche Prozesse weg in Richtung Internet und man würde sich auf dem Mobile bei der Gemeinde an- und abmelden und der zugehörige Service würde irgendwo in Manila geschehen. Bei den Geschäften hier geht es um unsere Sicherheit und um das, was wir hier in Pratteln haben wollen und um unser Sozialwesen. Es ist ein gesetzlicher Auftrag und mir ist lieber, dass dies in Gemeindehand bleibt, als es plötzlich als Service angeboten wird und der Provider ein Interesse hat, die Leute möglichst lange im Sozialwesen zu halten. Darum sind wir für Eintreten und Direktberatung.

Urs Hess: Auf der einen Seite haben einige wenige Fälle bei der Sozialhilfe zugenommen, wenn man die langfristigen Zahlen ansieht. In dieser Zeit ist das Personal sehr massiv angestiegen, übermässig massiv gegenüber den anderen, und man muss sich fragen, wenn man noch einmal Stellen haben will, was denn der grosse Mehrarbeitsaufwand sein soll bei ungefähr ähnlich gelagerten Fällen. Zur Sicherheit: Man kommt immer und will befristete Stellen. Kaum haben wir sie zwei oder drei Jahre, heisst es, wir wandeln diese Stellen in feste Stellen um. Dies goutiere ich nicht und man könnte gleich zu Beginn kommen und sagen, dass wir jemanden mehr brauchen. Diejenigen, die schon lange im Einwohnerrat sind, haben es schon x-mal erlebt. Der Zivilschutzkommandant wird erwähnt; nach Behördenreglement hat der Zivilschutzkommandant etwas zugute, ist aber angestellt und er macht dies hoffentlich während seiner Arbeitszeit. Erhält er das Kommandogeld oder nicht, weil er im Lohn angestellt ist?

GR Ruedi Brassel: Zu Urs Hess. Wenn wir mit unbefristeten Stellenanträgen kommen, heisst es: „Wir wollen es zuerst befristet und nachher schauen wir weiter“. Eigentlich eine sehr vernünftige Art; bei der Quartierentwicklung haben wir eine befristete Stelle geschaffen, was auf euren Vorschlag zurückgeht. Es gibt einen Zeitpunkt, wo man sieht, dass die Aufgaben gross bleiben oder grösser werden und bewältigt werden müssen und dann hat man die Verantwortung, hinzustehen und zu sagen, dass man die Befristung aufhebt und die Stellen umwandelt. Zum Kommando im Zivilschutz: Der jetzige Stelleninhaber erhält kein zusätzliches Kommandogeld.

Emanuel Trueb: Zur Arbeit des Sozialdienstes: Ich setze Voraus, dass ihr mit Erich Weisskopf geredet habt und wisst, wie es im Hintergrund läuft. In der Vorlage ausgewiesen ist auf Seite 4, was es braucht, damit die Sozialarbeit korrekt erledigt wird. 100 Stellenprozente braucht es, damit jemand 80 Mandate führen kann plus 40% für administrative Arbeiten. Dies ist der Schnitt. Einzelne Fälle sind sehr aufwendig, das kann ich ihnen sagen. Ziel ist, dass man die Leute so schnell wie möglich wieder aus der Sozialhilfe entlassen kann. Das setzt voraus, dass man genau in diese Aufgaben investiert. Wenn wir es nicht machen, kostet dies uns Geld und diese Ausgaben könnten wir für etwas anderes brauchen. Es besteht eine Anhängigkeit zwischen dem Geld, das wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geben, damit sie gute Sozialarbeit leisten, was einen Einfluss auf die Gesamtmenge an Geld fürs Soziale hat. Wenn wir hier sparen, laufen wir Gefahr, auf der anderen Seite zu viel ausgeben müssen. Den Mehrausgaben stehenden hunderttausende von Franken gegenüber, die wir wieder hereinholen können.

Direktberatung

Andreas Seiler: Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat 420 zusätzliche Stellenprozente. Der Gemeinderat kann diese innerhalb der Verwaltung verwenden, wie er will und wir können nicht Stellenprozente für den einen oder anderen Bereich sprechen. Der Gemeinderat muss und soll meiner Meinung nach begründen, für was und wie er die Stellenprozente verwenden will und dies macht er ja auch. 200 Stellenprozente begründet er mit der Sozialhilfe. Wir sind der Meinung, dass diese 200 Stellenprozente notwendig sind und wollen diese auch sprechen. Wie GR Emanuel Trueb gesagt hat, wenn wir dort zu wenig Leute haben, die genau nachsehen können, verschwinden Steuergelder relativ schnell. Der zweite Bereich ist der Bereich Sicherheit. Hier gibt es selbstverständlich auch einen gewissen Bedarf. Die FPD-Mitte ist aber auch der Meinung, dass es nicht sein kann, dass unsere Gemeindeverwaltung immer und immer mehr wächst. Wenn gewisse Sachen wachsen und man dort mehr Stellen braucht, soll der Gemeinderat schauen, wo er an anderem Ort Stellen einsparen oder Leistungen, die es nicht mehr braucht, reduzieren kann. Darum wollen wir im zweiten Bereich, der Sicherheit, statt 220 Stellenprozente nur 120 Prozente sprechen. Unser Antrag lautet: „*Der Stellenplan der Gemeinde Pratteln wird per 1. Januar 2016 um 420 320 Stellenprozente erhöht*“. Auch uns ist daran gelegen, dass die Mitarbeiter gerne bei der Gemeinde Pratteln bleiben und gut und zufrieden schaffen können. Dies ist mit ein Grund, warum wir es nicht als sinnvoll ansehen, wenn gerade bei der Sozialhilfe Temporärmitarbeiter eingestellt werden, die über längere Zeit bleiben. Diese Stellen soll man unbefristet weiterführen, damit diese Personen auch die Sicherheit haben, dass sie da bleiben und die Gemeinde möglichst wenig Fluktuationen hat, was die Arbeit sicher verbessert. Es ist darum nicht die Meinung, dass die Personen des Bereiches Sicherheit mehr arbeiten müssen, weil wir eine Stelle nicht genehmigen. Unser Auftrag an den Gemeinderat ist, zu schauen, wo er einsparen kann, damit schlussendlich die Verwaltung nicht immer wächst und wächst. Dies wollen wir etwas bremsen; es muss nicht zwingend im Bereich Sicherheit sein, weil der Stellenplan global über die gesamte Gemeindeverwaltung gilt. Der Gemeinderat kann über die gesamte Gemeindeverwaltung schauen, wo Aufgaben vorhanden sind, die es nicht mehr braucht und wo man etwas einsparen kann, sodass es nicht zu einer Verkürzung der Schalteröffnungszeiten kommt, wie es GR Ruedi Brassel angekündigt oder angedroht hat. Daher bitte ich euch, unserem Antrag zuzustimmen, in dem Sinn, dass

wir den Steuerfranken effizient einsetzen wollen und auch dem Gemeinderat den Auftrag geben, dass die Anzahl Stellen nicht zu stark wächst. 320 Stellenprozente sollen genug sein.

Antrag von Andreas Seiler

Mauro Pavan: Urs Hess hat vorhin gesagt, diejenigen, die schon etwas länger im Einwohnerrat sind, sich erinnern. Ich bin schon etwas länger im Einwohnerrat und erinnere mich, dass oft Befristungen von der bürgerlichen Seite gefordert wurden, als man unbefristete Stellen wollte und nachher sich beklagen, wenn man merkt, dass man diese Stellen tatsächlich braucht, finde ich doch etwas schräg. Die beiden Anträge von Patrick Ritschard bitte ich schon aus rein formellen Gründen abzulehnen, weil es so nicht geht. Der Einwohnerrat kann nicht den Stellenplan in einem Bereich erhöhen, weil dafür der Gemeinderat alleine zuständig ist. Der Einwohnerrat bewilligt den Stellenplan. Ich bitte euch auch, den Antrag von Andreas Seiler abzulehnen, weil wir an diesen 420 Stellenprozente festhalten. In beiden Bereichen ist es nötig, die Leute zur Verfügung zu haben.

Patrick Weisskopf: Unsere Fraktion hat die beiden Anträge auch angeschaut. Auf der einen Seite steht das gesetzliche Sozialwesen, wo wir schon 160 Prozent dieser Leute auf der Lohnliste haben. Diese Personen haben wir bis jetzt bezahlt und dies hat es gebraucht, um diese Leistungen zu erbringen. Wenn man zurückdenkt, hatten wir einen Antrag auf mehr Stellenprozente, die wir hierin gekürzt haben und nun kommen diese Stellenprozente wieder. Darum sind wir ehrlich und sagen, dass wir zustimmen müssen. Wie GR Emanuel Trueb gesagt hat, müssen wir die Sozialhilfe in den Griff kriegen, Rückstände abbauen und es kann nicht sein, dass gewisse Dossiers jahrelang nicht angeschaut wurden. Es kann nicht sein, dass Pratteln hierin attraktiv ist, weil man in der Anonymität verschwindet. Die Leute sollen betreut werden und möglichst schnell in den Arbeitsprozess zurückgelangen. D. h., dass der Sozialdienst viel Zeit investieren und managen muss. Erst wenn dieser Druck da ist, wird es funktionieren. Ich glaube nicht, dass es mit privaten Diensten und Beschäftigungsprogrammen funktioniert. Weichen wir auf private Dienste aus, haben wir es nicht mehr im Griff, weil diese Dienste ja pro Dossier verdienen, dass sie führen und je länger sie ein Dossier haben, umso interessanter wird es für sie. Also erbringen wir diese Leistung lieber selber. Daher unterstützen wir die vollen 200 Stellenprozente. Zur Sicherheit: Wir gehen davon aus, dass der Gemeinderat recht hat, wenn er sagt, dass unsere Leute am Anschlag sind und wir zusätzliche Stellenprozente brauchen. Ist die Abteilung Bau kostendeckend? Wir haben gefragt, ob man Mehreinnahmen generieren kann. Einwohnerdienst: Warum Service public abbauen? Wollen wir mehr übers Internet abwickeln, um Kosten zu sparen? Bringt Vorschläge und versucht, uns zu überzeugen. Dann werden sich unsere Mitglieder im Rat der einen oder anderen Meinung anschliessen. Da sind wir noch frei und wählbar.

Kurt Lanz: Ich gehe davon, dass die Stellenprozente bei der Sozialhilfe nicht infrage gestellt sind. Bei Dienste/Sicherheit sieht es offensichtlich anders aus. Ich gehe davon aus, dass ich auch glaube, dass der Gemeinderat, wie es GP Beat Stingelin zu Beginn gesagt hat, nicht sinnlos Stellen schafft, die es nicht braucht. Ich habe den Gemeinderat in meiner langjährigen Tätigkeit im Einwohnerrat als sparenden Gemeinderat kennengelernt und er hat sich nicht sehr verändert. Wenn man das Gefühl hat, die Gemeinde könnte verschiedene Aufgaben abgeben, stelle ich mir die Frage nach einer Logik. D. h., die Gemeinde Pratteln konnte irgendwelche Arbeiten an den Kanton abgeben, der, nota bene, dauernd klagt, er habe kein Geld und jetzt noch mehr Löhne zahlen muss. Diese Logik zeigt mir, dass es eher umgekehrt ist und der Kanton, der kein Geld hat, Dienstleistungen eher von der Gemeinde erledigt haben will und sein eigenes Personal einspart. Für mich kommt dazu, dass wir nun hohe und ganz hohe Häuser bauen und dort kommen verschiedenste Leute hinein, was unsere Verwaltung auch wieder beschäftigen wird. Verschiedene Bauvorhaben der Gemeinde müssen auch erledigt werden und da können wir nicht sagen, es brauche niemanden, der diese Arbeiten erledigt. Weiter kommt dazu, dass verschiedenste Leute auf Hilfen angewiesen sind und es immer mehr ältere Personen gibt, die unsere Hilfe brauchen. Ausgerechnet bei den älteren Personen

möchten wir nicht, dass sie irgendwo verwahrt sind, sondern sie sollen möglichst lange selbstständig zuhause sein. Dies bedeutet, dass auch vonseiten der Verwaltung her Hilfe vorhanden sein muss. Wenn wir die Leute ins Altersheim bringen, laufen uns dort die Kosten davon. Darum ist das Geld nicht schlecht investiert, wenn wir bei unseren Diensten genügend Personal haben. Ich bitte sie daher, der Vorlage des Gemeinderates so zuzustimmen, wie es der Gemeinderat dargelegt hat.

Andrea Klein: Ich äussere mich als Vizepräsidentin der Sozialhilfebehörde. Als ich 2012 gewählt wurde, hatten wir ein erschreckendes personelles Chaos in dieser Abteilung. Wir haben den Auftrag, Leistungsbezüger zu beraten und zu unterstützen, zwar erfüllt, aber fragen sie mich nicht, wie. Die Behörde hatte Sitzungen, die vier oder fünf Stunden dauerten. Wir haben festgestellt, dass die Anträge zwar im besten Wissen und Gewissen der Sachbearbeiter ausgeführt wurden, aber es hat einfach die Zeit gefehlt, alles seriös durchzuführen, im Hintergrund zu kontrollieren und zu schauen, dass das Geld wieder zurückkommt. Ich möchte nicht wissen, wie viel Geld uns so durch die Lappen gegangen ist. Schlussendlich hat dies die Leute in den Abteilungen krank gemacht und das Chaos noch verstärkt. Wir kamen in eine Spirale, die einem Fass ohne Boden entspricht. Vor rund einem Jahr hat sich das Blatt etwas gewendet und durch eine Neubesetzung in der Leitung kam statt eines frischen Windes ein starker Orkan, wo mit viel Elan neue Mitarbeiter engagiert wurden und nun Zug in die Arbeit kommt. Wir haben in dem Jahr immer noch viele Anträge, rund 60 pro 14-tägiger Sitzung, die zu behandeln sind. Jeder Antrag ist in der Regel eine Verfügung, die anfechtbar sein muss und dadurch fünf bis sieben Seiten juristisches Papier enthält. Dies ist auch die Antwort auf Patrick Ritschards Frage, was denn Arbeit so gross mache. Wir selber müssen sehr viel Zeit in die Vorarbeit investieren, diese Verfügungen zu lesen und „auseinander zunehmen“. Die Vorarbeit, die einem Sozialarbeiter zugemutet wird, ist extrem arbeitsintensiv und dies multipliziert mit der Anzahl Bezüger, die wir schlussendlich haben, macht aus, dass es immer komplexer wird. Wir haben einen Leistungsauftrag, der immer arbeitsintensiver wird. Das Gesetz verlangt auch, dass wir Arbeitsbemühungen verfügen, was wir oft machen und auch dass richtig verfügt wird. Wir haben festgestellt, dass heute die Sitzungen bei gleich vielen Anträgen nur noch eine Stunde dauern. Damit sie nur noch eine Stunde dauern, haben die Mitarbeiter im Hintergrund die Arbeitsprozesse verkürzt, Standardisierungen eingeführt, Klarheit geschaffen, wie Anträge zu behandeln sind usw. Dies führte dazu, dass wir nun die Qualität haben, die wir wirklich brauchen. Diese Stellenprozente, wir haben es schon mehrfach gehört, sind unbestritten und es bleiben noch die 40 Prozent. Wir wissen, dass es in der Kompetenz des Gemeinderates liegt, selber zu entscheiden, wo er die Stellen einsetzt. Ich war überrascht, als ich durch die Hintertür erfahren habe, dass der Gemeinderat in aller Stille ein Projekt, die „Frühe Förderung“, die als Projekt per 31.12. beendet wird, mit einem Pensum von 40 % neu einsetzt, d. h., die Frühe Förderung wird so weitergeführt, wie wir sie haben. Auch die Sozialhilfe ist der Meinung, dass es die Frühe Förderung braucht, wir sind aber nicht der Meinung, dass es eine administrative Stelle braucht, die sich mit sich selber beschäftigt und versucht, zu vernetzen mit interessierten Institutionen oder Fachpersonen. Wir sind der Meinung, es müsse jeder Franken ins Kind und nicht in die Theorie investiert werden. Man hätte sich dort 40 Stellenprozente wirklich schenken können und dann hätten wir diesen Antrag auch nicht in diesem Sinn auf dem Tisch. Abschliessend ist zu sagen, dass sich nicht nur die Prozesse in der Abteilung und Behörde geändert haben und wir nun dank dem neuen Abteilungsleiter so weit sind, dass wir ein professioneller Sozialdienst sind, der alle Bedürfnisse abdeckt und diese Stellen wirklich braucht, damit wir so bleiben, wie wir jetzt sind.

Dominique Häring: Es liegen zwei Anträge vor, wobei der Antrag der SVP, so, wie er gestellt wurde, nicht legitim ist, weil er in die operativen Geschäfte des Gemeinderates eingreift. Daher die Empfehlung an die SVP, dies als Summe auszuweisen: „Der Stellenplan der Gemeinde Pratteln wird per 1. Januar 2016 um 420 260 Stellenprozente erhöht“. Der Antrag der FDP-Mitte lautet: „Der Stellenplan der Gemeinde Pratteln wird per 1. Januar 2016 um 420 320 Stellenprozente erhöht“. Zuerst werden beide Anträge ei-

nander gegenübergestellt und anschliessend der obsiegende dem Vorschlag des Gemeinderats.

Abstimmungen

://: Der Rat lehnt den abgeänderten Antrag von Patrick Ritschard, SVP-Fraktion, auf Anpassung des Beschlusses um Erhöhung auf 260 Stellenprozente mit grossem Mehr ab und beschliesst den Antrag von Andreas Seiler, Fraktion FDP-Mitte, um Erhöhung auf 320 Stellenprozent mit 25 Ja und 8 Nein anzunehmen.

Patrick Weisskopf: Ich habe festgestellt, dass sehr viele Personen einer Reduktion des Stellenplanes zugestimmt haben. Mir ist Sicherheit wichtig, schauen wir die offenen Grenzen an und die kommenden Flüchtlinge. Zivilschutz ist wichtig, wurde aber nie genannt. Sicherheit: Wir haben heute Quartierplänen zugestimmt und bauen immer höhere Häuser und für mich ist eine Folge, dass ich dies auch nehmen muss. Einwohnerdienst: Wir planen in Salina-Raurica für 3'000 Personen Unterkünfte und werden diese auch füllen. Schaut diese Grundrisse an, die für Singles sind, die kommen und gehen, sobald sie eine neue Freundin haben. Oben sind die Wohnungen teuer und nur für Expats – ihr habt hier zugestimmt – und dementsprechend muss ich jetzt dem Einwohnerdienst auch zustimmen. AllService: Schreibt einen Brief an die Gemeinde. Erhaltet ihr eine Bestätigung? Nein, die Leute sind überfordert und darum wissen wir auch nicht, welche Häuser schützenswert sind und welche nicht. AHV- und IV-Zweigstelle: Wir haben immer mehr Leute, die sprachlich nicht gewandt sind und die Papiere nicht verstehen. Also braucht es auch hier mehr Personal. Ich muss also dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Urs Hess: Wir haben die Unterschriften für ein Behördenreferendum erreicht. Wenn ihr dem Antrag des Gemeinderates für 420 Stellenprozent zustimmt, werden wir das Behördenreferendum ergreifen und dann kann das Volk abstimmen, wie viele Stellen es will.

Abstimmung

://: Bei der Gegenüberstellung des Antrags der Fraktion FDP-Mitte wird der Beschluss des Gemeinderates mit 17 Ja zu 15 Gegenstimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Schlussabstimmung

Der Rat beschliesst mit 18 Ja zu 14 Nein bei 1 Enthaltung:

://: Der Stellenplan der Gemeinde Pratteln wird per 1. Januar 2016 um 420 Stellenprozente erhöht.

Behördenreferendum

13 Mitglieder (Urs Hess, Philippe Doppler, Christian Schäublin, Patrick Ritschard, Christoph Pflirter, Simon Schärer, Roland Kuny, Andreas Seiler, Walter Keller, Thomas Solberger, Dieter Schnetzer, Simone Schaub und Andrea Klein) des Einwohnerrates haben gegen den obenstehenden Beschluss gemäss Ziff. 3.4.8 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates das Behördenreferendum ergriffen. Damit ist das Behördenreferendum zu Stande gekommen.

Fragestunde

Frage

Wieviel Personal arbeitet auf der Verwaltung?“ (Christian Schäublin, SVP-Fraktion)

GP Beat Stingelin: Diese Frage hat etwa 35 Stunden Arbeit ausgelöst und das Mass einer Fragestunde überschritten; eine Interpellation wäre angebracht gewesen. Ich werde nicht alles auf dem Beamer zeigen, weil sonst ein Zahlen- bzw. Tabellensalat entsteht, der fast so umfangreich ist wie Pratteln-Mitte.

Frage: *Wie viele neue Sollstellen wurden ab 2008 bis heute inkl. den Stellen der Einwohnerratsgeschäfte 2957 und 2955 beschlossen (Anzahl und Veränderung in %)?* Seit 2008 wurden 16.15 Sollstellen neu geschaffen. Gleichzeitig wurden 6.2 Stellen abgebaut, was netto seit 2008 einen Zuwachs von 9.95 Stellen oder 9.2 % entspricht.

Frage: *Wie viele Sollstellen und zusätzlich temporäre und befristete Stellen waren es seither pro Jahr und Abteilung?* Christian Schäublin wird alle Zahlen schriftlich erhalten. Befristete Anstellungen 2008 - 2015 pro Jahr und Bereich: Im Stab im Jahr 2008 0.4, im Jahr 2009 Null, im Jahr 2010 0.33, im Jahr 2011 0.37, im Jahr 2012 Null, im Jahr 2013 0.5, im Jahr 2014 1, im Jahr 2015 1. Für den Stab also über diesen Zeitraum 3.6. Zusammenfassend für die anderen Abteilungen: Dienste/Sicherheit: 4.78, Finanzen: Null, Gesundheit/Soziales: 11.45, Bildung/Freizeit/Kultur: 4.17, Bau: 7.97. Die Zunahme bei der Abteilung Bau beruht darauf, dass die Abwarte von der Abteilung Bildung / Freizeit/Kultur zur Abteilung Bau verschoben wurden, was die Stellenprozente bei der Abteilung Bau erhöht hat.

Frage: *Welche Aufgaben wurden seither pro Jahr und Abteilung zusätzlich wahrgenommen?* Grundsätzlich werden immer wieder Aufgaben vom Kanton an die Gemeinden verschoben oder bei den Gemeinden ausgelöst. Dies alles ausfindig zu machen über die Jahre haben wir uns erspart und es wäre schwierig herauszufinden. Stab: Im Bereich IT gibt es seit 2000 57 Benutzer mehr, 12 statt 2 Server, neu 5 Aussenstellen statt keiner im Netzwerk, Ausbau der GGA. Dienste/Sicherheit: Zusätzliche interne und externe Dienstleistungen seit Einführung AllService per 1. Januar 2010, siehe Einwohnerratsvorlage 2955. Gesundheit/Soziales: Zunahme der Sozialhilfefälle, umfangreiche Sozialhilfestatistik Bund, Zunahme von Beistandschaften, Umsetzung neues KES-Recht, siehe Einwohnerratsvorlage 2955. Bildung/Freizeit/Kultur: Mobile Jugendarbeit neu per 2011, Schulsozialarbeit neu per 2012, Kinder- und Jugendsport seit 2013, zusätzliche Klassen/Aufgaben in der Schulleitung Kindergarten/Primar wegen Harmos per 2013 und 2015. Bau: Laufend zusätzliche Aufgaben auf Verwaltung und Werkhof aufgrund des Wachstums der Gemeinde.

Frage: *Welche Aufgaben wurden seither pro Jahr und Abteilung aufgegeben?* Technische Gebäudebewirtschaftung, Haus- und Betriebswarte, Reinigungsdienst: Verschiebung von BFK zum Bau. Kinder- und Jugendzahnpflege: Verschiebung von GS zu Finanzen. Es handelt sich um interne Verschiebungen.

Frage: *Welche Aufgaben wurden ausgelagert?* G/S: Auslagerung Tagesheim Chäferhuus. Bau: Auslagerung Schulhaus Fröschmatt an den Kanton BL im Jahr 2011.

Frage: *Wie haben sich die Personalkosten inkl. den befristeten und den temporär Angestellten seit 2008 pro Jahr und Abteilung entwickelt (in CHF und Veränderung in %)?* GP Beat Stingelin zeigt die Tabelle „Personalkosten Gemeinde Pratteln, Entwicklung 2008 bis 2015“. Diese Tabelle ist Bestandteil vorliegenden Protokolles und im Anhang abgedruckt. Sie zeigt auch, dass Rückerstattungen (Taggelder) erfolgten. Temporäre Einsätze gibt es in hohem Mass im Schwimmbad und dies in Abhängigkeit vom Wetter: Badaufsichten, Kassenfrauen usw. Es handelt sich um umfangreiches Zahlenmaterial und Christian Schäublin erhält, wie vorher gesagt, alle Unterlagen mit Begründungen. Dies sind insgesamt rund 15 Seiten.

Christian Schäublin: Uns ist bewusst, dass es sehr viel Zahlenmaterial ist. Trotzdem ist wichtig, dass diese Frage jetzt gestellt wird, bevor wir Stellen bewilligen und dass sich auch der Gemeinderat diese Fragen stellt, wenn er neue Stellen beantragt. Findet der Gemeinderat diese Entwicklung angemessen und wie sieht die finanzielle Entwicklung aus? Können wir uns diese Stellen überhaupt leisten?

GP Beat Stingelin: Zur Angemessenheit der Stellenprozente: Diese sind mehr als angemessen. Die Verwaltung arbeitet mehrheitlich am Anschlag und deswegen ist es für den Gemeinderat keine Diskussion. Wenn Anträge für mehr Stellen kommen, diskutieren wir jedes Mal intensiv. Was heute auf dem Tisch liegt, ist der Ausfluss von Kürzungsdiskussionen. Können wir uns dies leisten? Wir müssen uns dies leisten wegen der Gesundheit unserer Mitarbeitenden. Es kann nicht sein, dass man bei Personen, die wirklich am Anschlag laufen, noch Arbeit dazugibt. Dies löst noch anderes aus und es ist Aufgabe des Gemeinderates und auch die des Einwohnerrates, den Verwaltungsangestellten bei uns einen Arbeitsplatz zu geben, an dem sie sich wohlfühlen, keine Wohlfühl-Oase, aber sie müssen sich erholen können und nicht immer unter Stress stehen. Im Moment haben wir Abteilungen, in denen es wirklich so ist und darum bitte ich, die Stellenprozente zu bewilligen. Es ist nicht ein Wunschdenken des Gemeinderates. Der Gemeinderat hat sich dies lang überlegt und festgestellt, dass er diese Stellen haben muss. Die Gemeindeverwaltung muss auch als Arbeitsort attraktiv bleiben, damit die Leute bleiben und nicht weggehen.

Die Frage ist beantwortet.

Geschäfte 2953 und 2956 nicht behandelt.

Die Sitzung wird um 22.15 Uhr beendet.

Pratteln, 12. Oktober 2015

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Die Präsidentin

Das Einwohnerratssekretariat

Dominique Häring

Joachim Maass

Anhang zur Frage „Wie viel Personal arbeitet auf der Verwaltung?“ von Christian Schäublin, SVP-Fraktion

Personalkosten Gemeinde Pratteln; Entwicklung 2008 bis 2015

	Stab		DS		Fin		GS		BFK		Bau	
2008	Fr. 889'645		Fr. 957'458		Fr. 674'196		Fr. 1'074'829		Fr. 1'603'562		Fr. 3'076'900	
+/-	Fr. 23'263	-2.61%	Fr. 1'229	-0.13%	Fr. 16'482	2.44%	Fr. 601'617	55.97%	Fr. 197'823	12.34%	Fr. 167'445	5.44%
2009	Fr. 866'382		Fr. 956'229		Fr. 657'714		Fr. 1'676'446		Fr. 1'801'385		Fr. 3'244'345	
+/-	Fr. 708	-0.08%	Fr. 8'989	-0.94%	Fr. 63'488	-9.65%	Fr. 156'523	-9.34%	-Fr. 1'003'527	-55.70%	Fr. 1'113'000	34.30%
2010	Fr. 865'674		Fr. 947'240		Fr. 594'226		Fr. 1'519'923		Fr. 797'858		Fr. 4'357'345	
+/-	Fr. 79'706	9.20%	Fr. 23'303	2.46%	Fr. 86'397	-14.54%	Fr. 202'184	-13.30%	-Fr. 89'174	-11.18%	Fr. 72'759	1.67%
2011	Fr. 945'380		Fr. 970'543		Fr. 507'829		Fr. 1'317'739		Fr. 708'684		Fr. 4'430'104	
+/-	Fr. 66'200	-7.00%	Fr. 170'403	17.56%	Fr. 15'905	-3.13%	Fr. 130'069	9.87%	Fr. 138'270	19.51%	-Fr. 71'841	-1.62%
2012	Fr. 879'180		Fr. 1'140'946		Fr. 491'924		Fr. 1'447'808		Fr. 846'954		Fr. 4'358'263	
+/-	Fr. 131'730	14.98%	Fr. 106'057	9.30%	Fr. 54'132	11.00%	Fr. 252'341	17.43%	Fr. 74'688	8.82%	Fr. 112'979	2.59%
2013	Fr. 1'010'910		Fr. 1'247'003		Fr. 546'056		Fr. 1'700'149		Fr. 921'642		Fr. 4'471'242	
+/-	Fr. 76'144	7.53%	Fr. 120'350	9.65%	Fr. 1'706	0.31%	Fr. 183'876	10.82%	Fr. 207'712	22.54%	Fr. 675'936	15.12%
2014	Fr. 1'087'054		Fr. 1'367'353		Fr. 547'762		Fr. 1'884'025		Fr. 1'129'354		Fr. 5'147'178	
+/-	Fr. 58'746	-5.40%	Fr. 56'677	4.14%	Fr. 12'091	2.20%	Fr. 48'258	-2.56%	-Fr. 59'620	-5.28%	Fr. 173'713	-3.37%
2015	Fr. 1'028'308		Fr. 1'424'030		Fr. 535'671		Fr. 1'835'767		Fr. 1'069'734		Fr. 4'973'465	

Rückerstattungen (Taggelder)

2008	Fr. 303'822	2012	Fr. 142'167
2009	Fr. 246'106	2013	Fr. 217'344
2010	Fr. 195'625	2014	Fr. 217'432
2011	Fr. 130'398	2015	Fr. 254'864

2015 auf Basis Januar bis August hochgerechnet